

ZUKUNFT 10 2010

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

**Anmerkungen
zur Wien-Wahl**
Caspar Einem

**Visionen für
Kärnten**
Peter Kaiser

**Die Tea Party –
eine Anti-Partei**
Manfred Lang

**Zur Biologisierung
des Sozialen**
Alessandro Barberi



WORLD PRESS PHOTO 10
WESTLICHT. SCHAUPLATZ FÜR FOTOGRAFIE

EDITORIAL

Mit etwas Verzögerung erscheint diese Ausgabe der ZUKUNFT wenige Tage nach der Wiener Gemeinderatswahl: Aus Aktualitätsgründen wollten wir auf eine zumindest kurze Erörterung der mit diesem Wahlergebnis zusammenhängenden Fragen nicht verzichten. Aber auch sonst geht dieses Heft wieder hinsichtlich einiger aktueller Themen etwas mehr in die Tiefe.

In seinem Beitrag setzt sich der Kärntner SPÖ-Vorsitzende **Peter Kaiser** anlässlich des **90-jährigen Jubiläums der Volksabstimmung** über den Verbleib **Südkärntens** bei Österreich mit Aufgaben und Funktionen der historischen Auseinandersetzung ein und verwahrt sich ausdrücklich gegen die politische Instrumentalisierung der Volksgruppenfrage zu Lasten der **slowenischen Minderheitenrechte**.

Manfred Lang setzt sich anlässlich der bevorstehenden **Kongresswahlen in den USA** und dem befürchteten Rechtsruck, sowohl der Republikanischen Partei als auch der beiden Parlamentskammern, mit der »**Tea Party**«-**Bewegung** auseinander.

Für **Alessandro Barberi** ist die von **Thilo Sarrazin** ausgelöste **Debatte** über die »natürlichen« Eigenschaften und Verhaltensweisen von MigrantInnen ein Anlass, sich mit der Tendenz, gesellschaftliche Fragen zu Naturphänomenen zu erklären, also mit der »**Biologisierung des Sozialen**« grundsätzlich und sehr kritisch auseinanderzusetzen.

Die **Rolle der Wohnbauförderung** für eine sozial gerechte und zufriedene Gesellschaft greift wiederum **Karl Wurm** auf, um neue Wege für eine **gesicherte Wohnbaufinanzierung** aufzuzeigen. Endlich abgedruckt ist in diesem Heft auch ein irrtümlich leider bereits in der Vorausgabe an-

gekündigter Beitrag von **Thomas Nowotny**: Er skizziert, welche **strukturellen Probleme** überwunden werden müssten, um eine Wiederholung und Verschärfung der **jüngsten Wirtschaftskrise** zu verhindern.

Martin Aelgar und **Leopold Dercsaly** greifen ein aktuelles Problem an der Schnittstelle von Justiz und Sozialstaat auf: das Unwesen, **Arbeitslose** zwischen verschiedenen Ämtern **herumzuschicken** und welche **Kosten** damit **im sozialgerichtlichen Verfahren** zur Erlangung der **Invaliditätspension** verbunden sind.

Ethische Maßstäbe im Journalismus 2.0 sind hingegen das Thema von **Andreas Hackl** und **Nicole Friesenbichler**, die die diesbezügliche Debatte auf dem Weltkongress des Pressefreiheitsinstituts IPI zuletzt mitverfolgt haben.

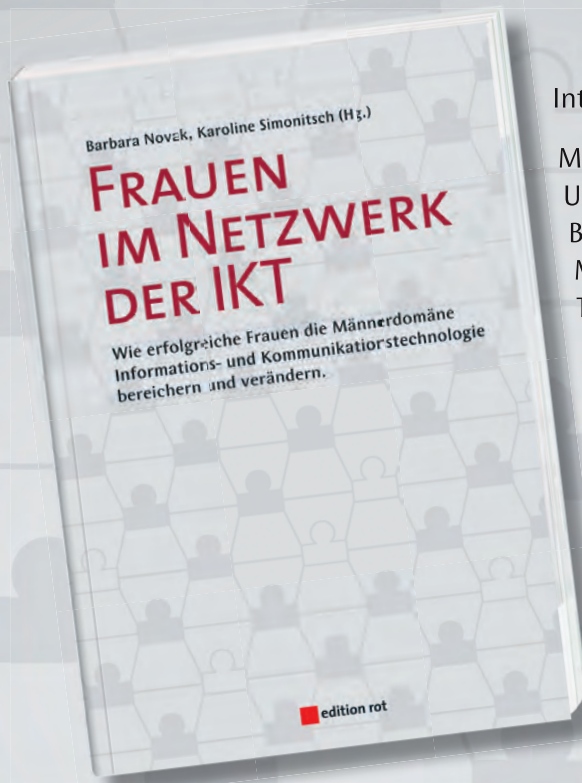
Nach den Buchtipps bildet das ökonomische **Schlusswort** von **Markus Marterbauer** den Abschluss dieser Ausgabe: Dabei plädiert er für **eine etwas andere Form der Pensionsreform**.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!



edition rot

Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH



Interviews mit:

Meral **Akin-Hecke**, Digitalks
Ulrike Anna Maria **Foisner**, Fujitsu
Barbara **Auracher-Jäger**, HELP.gv.at
Michaela **Novak-Chaid**, Hewlett-Packard
Tatjana **Oppitz**, IBM
Monika **Kircher-Kohl**, Infineon
Carole **Tomaschek**, Krankenanstaltenverbund
Petra **Jenner**, Microsoft
Heike **Scholz**, mobile-zeitgeist.com
Margarete **Schramböck**, NextiraOne
Karin **Hackl**, ÖVP NR-Abgeordnete
Marielouise **Gregory**, Telekom Austria
Maria **Zesch**, T-Mobile Austria
Hilda **Tellioglu**, TU-Wien
Sabine **Lehner**, Wiener Stadtwerke

Barbara Novak, Karoline Simonitsch (Hg.)

FRAUEN IM NETZWERK DER IKT

Wie erfolgreiche Frauen die Männerdomäne
Informations- und Kommunikationstechnologie
bereichern und verändern.

Frauen sind in der Informations- und Kommunikationstechnologie ebenso häufig anzutreffen wie Männer. Dieser Satz mutet utopisch an, ist aber im ehemaligen Osten – zumindest auf den mittleren Führungsebenen – gelebte Realität. Auch in Unternehmen mit US-amerikanischen Wurzeln ist es überhaupt keine Frage des Geschlechts sondern ausschließlich der fachlichen Eignung, ob man einen Job bzw. eine leitende Funktion bekommt oder nicht. Im deutschsprachigen Raum sind wir jedoch noch lange nicht soweit.

Einigen wenigen Frauen ist es – trotz des nicht gerade optimalen Umfeldes – auch in Österreich gelungen bis „an die Spitze“ zu kommen bzw. sich beruflich selbst zu verwirklichen. Von diesen beeindruckenden Frauen handelt dieses Buch.

Verlag edition rot, Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH
192 Seiten, ISBN 978-3-901485-97-8, € 24,90

Bestellungen bitte unter:

Buchhandlung Löwelstraße, 1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel.: 01/534 27-323 oder 343, Fax: 01534 27-324, E-Mail: buchhandlung@spoe.at



© Malick Sidibé (Mali) für The New York Times Magazine, 1. Preis Kunst und Kultur Einzelfotos Abdoulaye Diakibe (links) trägt einen Anzug von Viktor & Rolf, ein Hemd von Bottega Veneta, Schuhe von Dolce & Gabbana und einen Hut von Burberry. Mamoutou Kone trägt einen Anzug und ein Hemd von Dries Van Noten, eine Krawatte von Etro und Schuhe von Paul Smith.

Inhalt

- 6 **Anmerkungen zur Wien-Wahl**
VON CASPAR EINEM
- 8 **Klubzwang**
FRAGEN ÜBER FRAGEN VON CASPAR EINEM
- 9 **WORLD PRESS PHOTO 10**
- 12 **Visionen für Kärnten**
VON PETER KAISER
- 16 **WORLD PRESS PHOTO 10**
- 19 **Die Tea Party – eine Anti-Partei**
VON MANFRED LANG
- 21 **WORLD PRESS PHOTO 10**
- 22 **Zur Biologisierung des Sozialen**
VON ALESSANDRO BARBERI
- 27 **WORLD PRESS PHOTO 10**
- 30 **Das Glück gerechter Gesellschaften**
VON KARL WURM
- 32 **WORLD PRESS PHOTO 10**
- 34 **Die Marktwirtschaft vor dem Kapitalismus retten**
VON THOMAS NOWOTNY
- 41 **WORLD PRESS PHOTO 10**
- 42 **»Geh'n's einreichen ...«**
VON MARTIN AELGAR und LEOPOLD DERCSALY
- 44 **WORLD PRESS PHOTO 10**
- 46 **Ethik im Journalismus 2.0**
VON ANDREAS HACKL und NICOLE FRIESENBICHLER
- 48 **Buchtipp**
Sachliches und Belletristisches
- 50 **Gehen wir die Pensionsreform an**
SCHLUSSWORT VON MARKUS MARTERBAUER

Anmerkungen zur Wien-Wahl

Nach dem Wahlsonntag in Wien sitzt der Schock über das starke Abschneiden der Strache-FPÖ tief, konstatiert Caspar Einem. Dabei bedarf das Ergebnis einer differenzierten Analyse – und sozialdemokratischer Konsequenzen.

Was kann man aus dem Wahlergebnis in Wien lernen? Wenn zwei Parteien rechts populisteln dann gewinnt die, die darin strammer und glaubwürdiger ist. Im Grunde ist das eine Lektion, die die ÖVP Wien von der SPÖ aus früheren Wahlen hätte lernen können. Freiheitliche Politik machen allemal die Freiheitlichen am glaubwürdigsten und sind darin kaum rechts überholbar. Man könnte natürlich auch sagen: Wenn zwei Parteien für ein gemeinsames Ziel werben, dann kann die glaubwürdigere von ihnen schon einiges gewinnen.

Es ist möglich, einen unaufhaltsam scheinenden Trend zu brechen bzw. zu verjankern. Musste man im Lichte der letzten 15 Jahre annehmen, dass in städtischen Ballungsräumen für die Grünen nach oben hin keinerlei Grenzen bestehen, zeigte sich diesmal die Endlichkeit dieses Wachstums.

Nicht besonders überraschend war, dass die Mobilisierungsfähigkeit der großen Bezirksorganisationen der SPÖ begrenzt war – war sie doch auch zuletzt nicht überragend.

- Angenehm überrascht haben allerdings die SPÖ-Ergebnisse in den so genannten bürgerlichen Bezirken, wo nahezu durchwegs Gewinne eingefahren werden konnten. Da hat die SPÖ offenbar mittlerweile ein attraktives städtisches Profil gewinnen können, das durchaus mit den Grünen mithalten, mehr noch, sie ablösen kann.

Seltsam, wenn auch nicht überraschend, dass die größten Ängste vor Ausländern in den Bezirken herrschen, in denen es am wenigsten Ausländer gibt.

Interessanter ist allerdings die Frage: Was ist zu tun, damit 2015 das Ergebnis wieder besser aussieht?

Bedauerlicherweise muss ich sagen, dass es etwas einfacher ist, diese Frage für die ÖVP zu beantworten: Die ÖVP hätte eine Kandidatin gehabt, die durchaus glaubwürdig weltoffene konservative Stadtpolitik vertreten hätte können. Ihr Schielen nach rechts war objektiv ein Denkfehler. Ob sie allerdings die Chance bekommt, ihr Gesicht glaubwürdig zu zeigen, bleibt abzuwarten.

WAS TUN?


Was aber könnte die SPÖ tun, um das nächste Mal besser abzuschneiden? In diesem Punkt muss wohl noch intensiv nachgedacht und gearbeitet werden. Da drängen sich die Antworten nicht auf.

Vor allem werden wir versuchen müssen, unsere Sympathisanten bzw. traditionellen WählerInnen vom Konzept der Integration zu überzeugen. Das ist offensichtlich bisher nicht gelungen und das ist nicht nur eine Frage der eingesetzten Finanzmittel – aber auch. Wir müssen vermitteln können, warum wir die vielen Ausländer brauchen – und zwar im Interesse jedes oder jeder einzelnen WienerIn.

Und wir müssen mehr einsetzen, um die sprachliche (Vorschule, Begleitlehrer in den Volksschulen) und gesellschaftliche Integration so zu forcieren, dass auch die WienerInnen ohne Migrationshintergrund merken, dass es geschieht.

Im Umgang mit der FPÖ sollten wir vielleicht ein bisschen weniger auf deren Provokationen aufspringen und sie ein bisschen mehr wie eine ganz gewöhnliche Partei behandeln. Wer hat den Freiheitlichen je vorgeworfen, dass die höchsten Zuwanderungszahlen während ihrer Regierungsbeteiligung festzustellen waren? Warum ist es bisher nicht gelungen zu

zeigen, wie unverschämt sich die Freiheitlichen selbst bedient haben, als sie an der Regierung waren?

Zuletzt: Es spricht manches dafür, dass ein nicht zu unterschätzender Anteil der Bevölkerung sich gar nicht für Politik und dafür interessiert, wer was macht bzw. nicht macht. Das ist ein Resonanzboden für Ressentiments. Die Frage ist also, wie wir mehr Menschen für die gemeinsamen Angelegenheiten interessieren können. 

CASPAR EINEM
ist Chefredakteur der Zukunft.

Klubzwang

Es ist seltsam: Wenn man beginnt, über den Parlamentarismus mit Menschen zu diskutieren, die keine Insider der Parlamentsarbeit sind, dann kommt als eine der ersten Anmerkungen eine Bemerkung zum sogenannten Klubzwang.

Welche Bewandnis hat es mit dem Klubzwang? Dazu muss ich etwas weiter ausholen. Wenn nach den nationalen Wahlen keine der im Parlament vertretenen politischen Parteien eine absolute Mehrheit hat, dann kommt es in aller Regel zu einer Vereinbarung zweier oder mehrerer Parteien, die gemeinsam über mehr als die Hälfte der Abgeordneten im Parlament verfügen, gemeinsam eine Regierung zu bilden (Koalitionsvertrag). In dieser Vereinbarung werden jene Punkte angeführt, die die beteiligten Parteien gemeinsam realisieren wollen.


In der Regel findet sich daher in einem solchen Koalitionspakt auch eine Vereinbarung, dass die Parlamentsfraktionen der beteiligten Parteien dieses Programm tragen werden und ob zu anderen Themen die Abstimmungen frei gegeben werden oder besondere Verfahren vereinbart sind. Derartige Koalitionsvereinbarungen werden in der Folge von den zuständigen Gremien der beteiligten Parteien diskutiert und beschlossen. Dieser demokratische Beschluss bindet in der Folge – zumindest dem Anspruch nach – auch die Funktionsträger und Abgeordneten, die meist sogar selbst mit abgestimmt haben. Defacto ist das dann der sogenannte Klubzwang. Rein rechtlich besteht keine Verpflichtung des einzelnen Abgeordneten, immer im Sinne der Klublinie abzustimmen.

Warum aber kommt es dann so selten zu Abweichungen von diesem Muster einheitlicher Abstimmungen und warum stimmt, von Irrtümern abgesehen, eigentlich nie jemand ausdrücklich gegen die eigene Klublinie?

Grundsätzlich sind natürlich mehrere Möglichkeiten vorstellbar, wie es in einem Parlament zu Mehrheiten kommt. Idealtypisch gesehen könnte jeder oder jede Abgeordnete nur

nach dem eigenen Gewissen und nach den Interessen der eigenen Wähler – wenn man da so genau wüsste, wer die sind und was sie im Einzelnen wirklich wollen – abstimmen. Das setzt einiges Engagement der Regierung bei der Suche nach Mehrheiten voraus – das US-amerikanische und das Europäische Parlament sind Beispiele für diese Tendenz. Und es setzt voraus, dass jede/r einzelne Abgeordnete bereit ist, sich mit allen anderen nötigenfalls auf Kompromisse einzulassen. Die andere Variante ist, dass die Meinungen innerhalb der eigenen Fraktion ausdiskutiert werden und dann zwischen den Fraktionen ein weiterer Kompromiss gesucht wird. Beides sind demokratische Vorgänge und in beiden Fällen muss jedes Mitglied kompromissbereit sein. Denn auch bei der Abstimmung innerhalb der eigenen Fraktion kommt es immer wieder zu Situationen, in denen man mit der eigenen Überzeugung in der Minderheit bleibt, aber dennoch letztlich den Mehrheitsbeschluss mit trägt. Und das geht allen Mitgliedern irgendwann so.

Weil aber jedes einzelne Mitglied der Gruppe (Fraktion) weiß, dass es so ist, ist auch die offene Gegenstimme in der Plenarabstimmung so selten. Das Argument »Ich kann das mit meinem politischen Gewissen nicht vereinbaren« ist nämlich zugleich auch ein einigermaßen egoistischer Schlag ins Gesicht der anderen, die mitstimmen – als ob sie kein Gewissen hätten. Darum werden zwar solche Debatten innerhalb der Fraktion geführt und mit Abstimmung beendet, aber nicht im Plenum des Parlaments. Wer dann aber nicht mit kann, der bleibt der Abstimmung eben fern.

So gesehen ist der sogenannte Klubzwang mehr eine emotionale als ein formalrechtliche Sache. Ist er von Übel? Gegenfrage: Ist Demokratie ohne Kompromiss denkbar? 

CASPAR EINEM

ist Chefredakteur der Zukunft.

WORLD PRESS PHOTO 10

©Pietro Masturzo Italien, World Press Photo des Jahres 2009 Nach den umstrittenen Präsidentschaftswahlen im Iran rufen Frauen am 24. Juni in Teheran ihren Protest von den Dächern. Das Ergebnis der Wahl vom 12. Juni wies auf einen überwältigenden Sieg für Präsident Mahmoud Ahmadinejad über den Oppositionskandidaten Mir Hossein Mousavi, aber es wurde von Wahlbetrug gesprochen. In den Wochen nach den Wahlen folgten gewalttätige Demonstrationen in den Straßen. Nachts setzten die Menschen ihren Protest von Fenstern, Balkonen und Dächern aus fort. Ihre Rufe erinnerten an ähnliche nächtliche Proteste während der Islamischen Revolution von 1979, die zum Sturz des Schahs führte.



WORLD PRESS PHOTO 10

WestLicht. Schauplatz für Fotografie zeigt von 7. Oktober bis 4. November 2010 die Ausstellung World Press Photo 10. Zu sehen sind die rund 170 besten Pressebilder des Jahres 2009, die im Rahmen des weltweit größten und renommiertesten Wettbewerbs für Bildjournalismus ausgezeichnet wurden. Die als Wanderausstellung angelegte Schau macht dieses Jahr Station in renommierten Galerien und Museen weltweit und erreicht rund zwei Millionen Besucher. Sie ist nicht nur eine beeindruckende Leistungsschau des internationalen Fotojournalismus, sondern auch ein einzigartiger Rückblick auf Weltereignisse und Zeitgeschehen des letzten Jahres.

WestLicht. Schauplatz für Fotografie | 07.10.2010–04.11.2010
Westbahnstraße 40, 1070 Wien | www.westlicht.com





© Laura Pannack Großbritannien Lisa Pritchard Agency für Guardian Weekend Magazin, 1. Preis Porträts Einzelfotos Graham leidet seit seinem 14. Lebensjahr an Anorexia nervosa. Anfangs war er ein molliges Kind, er entwickelte die Krankheit erst, als er abnahm, um einem Mädchen aus seiner Klasse zu imponieren. Als die Krankheit anhielt, war er so sehr damit beschäftigt, dünn zu werden, dass er das Mädchen vergaß. Mit 15 Jahren wog er knapp über 30 kg, aber nachdem er wieder essen gelernt hatte, schaffte er es, 6 Jahre später das Doppelte zu wiegen. Heute, mit 24, ist er Schauspieler, hat manchmal Rückfälle und betrachtet sich als noch nicht geheilt von dieser Krankheit. Anzeichen von Anorexia sind bei Männern weniger häufig als bei Frauen. Die Gesundheitsbehörde Großbritanniens schätzt, dass etwa eine von 250 Frauen und einer von 2000 Männern in ihrem Leben Essstörungen entwickeln, aber genauere Angaben sind schwer zu machen, da vermutet wird, dass erkrankte Männer weniger oft Hilfe suchen als Frauen.

Visionen für Kärnten

Am 10.10.1920 stimmte Unterkärnten über den Verbleib bei Österreich und eine Angliederung an das Königreich SHS ab. Diese Abstimmung und der vorangegangene »Kärntner Abwehrkampf« ist einer der großen Mythen der Kärntner Geschichte. Die SPÖ Kärnten nutzte den Jahrestag in zwei Veranstaltungen nicht nur dazu, die Rolle der Kärntner ArbeiterInnenschaft im »Abwehrkampf« näher zu beleuchten, sondern auch, um einen zukunftsgerichteten Umgang mit Kärntens Geschichte zu entwickeln. Ein Beitrag von Peter Kaiser.

Die Arbeiterschaft, egal ob deutsch oder slowenisch, ob kärntnerisch oder windisch sprechend, hat den »Kärntner Abwehrkampf« geführt, hat die »Kärntner Volksabstimmung« organisiert und letztlich für Kärnten, für Österreich, für die Republik und die Demokratie gewonnen.

Es geht uns darum, die Geschichte korrekt darzustellen, nicht zu einem Propagandainstrumentarium rechter Parteien werden zu lassen. 90 Jahre nach der Kärntner Volksabstimmung gilt es zusammenzuführen, nicht auszugrenzen. Lange Zeit wurden der Kärntner Abwehrkampf und die Kärntner Volksabstimmung verklärt gesehen, sie wurden missbraucht, um einen »nationalen Schulterschluss« zu rechtfertigen, sie wurden missbraucht, um abzugrenzen und auszugrenzen. Auch heute noch!

Wir müssen uns zu unserer Geschichte bekennen. Wir müssen die »Schattenseiten« genauso sehen wie die »Sternstunden« und wir müssen versuchen, uns der historischen Wahrheit – ob sie uns nun gefällt oder nicht, ob sie für uns angenehm ist oder nicht – zu nähern. Nur so können wir aus der Geschichte Schlussfolgerungen ziehen, welche uns heute in die Lage versetzen, die Zukunft entsprechend zu gestalten.

WAS AUS DEM 20. JAHRHUNDERT ZU LERNEN IST

Das vergangene Jahrhundert war in Europa geprägt von Kriegen. Es war geprägt von millionenfachem Tod und Sterben auf den Schlachtfeldern, es war geprägt von bitterster Armut und diktatorischen Monarchien, von Totalitarismus, Unmensch-

lichkeit und von der völligen »Wertlosigkeit« des einzelnen Menschen, des einzelnen Menschenlebens.

Es war geprägt von Verachtung, Hass und Verfolgung ganzer Volksgruppen und Minderheiten als Resultat nationalistischer oder ideologischer Irrtümer, letztlich gipfelnd im nationalsozialistischen Rassenwahn und im Stalinismus. Kärnten war dabei keine Insel der Seligen, Kärnten und seine Menschen waren und sind Teil der europäischen Geschichte, ob als Opfer oder als Täter.

Bereits der Erste Weltkrieg hat Europa, hat unser Land in seinen Grundfesten erschüttert und zu einem völligen Umbruch geführt. Während auf der einen Seite Friedensverhandlungen geführt wurden, wurde unser Land im so bezeichneten Kärntner Abwehrkampf neuerlich in kriegerische Auseinandersetzungen hineingezogen. Invasoren des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS) wollten – geprägt von ihren nationalistischen Motiven – große Teile unseres Landes, vor allem jene, in denen slowenisch gesprochen wurde, mit militärischen Mitteln ihrem Machtbereich angliedern. Rein militärisch waren sie trotz des erbitterten Widerstandes der Kärntner Bevölkerung auch erfolgreich. Wir wissen heute, dass der Widerstand in einem entscheidenden Maß von der Arbeiterschaft des Landes getragen war. Politisch hat dieser Widerstand, unterstützt von diplomatischen Bemühungen – nicht nur derer der Kärntner, sondern vor allem auch der österreichischen Regierung – dazu geführt, dass die Siegermächte des ersten Weltkrieges überhaupt auf unsere Region aufmerksam wurden.

Damit kommen wir zu einer Sternstunde in der Geschichte unseres Landes: Nach der Gründung der Republik Österreich, der Einführung freier, gleicher und geheimer Wahlen für Frauen und Männer war wohl auch die Kärntner Volksabstimmung eine Sternstunde unserer Geschichte und der Demokratie. Als Plebiszit war es aber auch eine der allerersten Entscheidungen über Gebietszugehörigkeiten, die vom betroffenen Volk selbst entschieden wurde. Bewiesen ist, dass das Wahlrecht, erkämpft von der Arbeiterbewegung, wesentlich für die Entscheidung einer Volksabstimmung war.

Es war der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Woodrow Wilson, der in seinem legendären 14-Punkte-Programm von einem »Selbstbestimmungsrecht der Völker« gesprochen hat. Hier bei uns in Kärnten ist dies in Form der Kärntner Volksabstimmung zur Anwendung gekommen. Und das ist eine welthistorisch bedeutsame Vorgangsweise gewesen.

Die Kärntner Volksabstimmung war ein Bekenntnis zur Heimat. Unabhängig von ihrer Mutter- oder Umgangssprache haben sich die Menschen mit großer Mehrheit zu Kärnten, dem Land, der Region in der sie leben, arbeiten und wo sie zu Hause sind, bekannt. Sie haben sich damit zu Österreich, zur Demokratie, zur Republik und zur Landeseinheit in kultureller und sprachlicher Vielfalt bekannt. Gerade deswegen bezeichne ich die Kärntner Volksabstimmung als Sternstunde und in diesem Zuge und auf diesem historischen Hintergrund aufbauend gedenkt die Sozialdemokratie der Wiederkehr der Volksabstimmung.

KÄRNTEN IM NS-REGIME

Leider folgte eine viel schlimmere Phase und für viele von uns ist es heute oft schwer zu verstehen, wie es möglich war, dass so viele Menschen der nationalsozialistischen Ideologie zunächst erlegen sind. Millionenfacher Mord, unvorstellbares Leid waren die Folge. Der Verstand und die Menschlichkeit waren stillgelegt. Morden, Rache und Vergeltung bestimmten

den Alltag, auch in unserem Land. Heute ist es unsere Aufgabe, alles daran zu setzen, dass es nie wieder dazu kommen kann. Unsere Schlussfolgerung: Nie wieder Faschismus. Nie wieder Krieg. Wehret den Anfängen ist die Losung, die heute und zukünftig politischer Grundwert der SPÖ ist und sein wird.

Jeder von uns ist erschüttert, wenn wir die Berichte über Massengräber in Slowenien oder anderswo lesen. Wir sagen laut und deutlich ja zur historischen Aufarbeitung dieser Ereignisse. Wir müssen uns jedoch davor hüten, diese Tragödien zum Gegenstand der Tagespolitik werden zu lassen und wir müssen uns davor hüten, die geschichtliche Abfolge der Ereignisse zu verkehren. Unser Ge- und Bedenken gilt den Opfern und dem Bemühen, solche Gräueltaten nie mehr zuzulassen!

Wir müssen uns mit der Geschichte, unseres Landes, unserer Nachbarländer, unseres Kontinents, der Welt und der Menschheit auseinandersetzen. Wir müssen die Geschichte zuallererst kennen, dies ist die Voraussetzung, um aus ihr zu lernen. Wenn sich die Sozialdemokratie nunmehr mit der Menschheitsgeschichte auseinandersetzt, so folgt für uns alle ein Erkenntnis: An aller erster Stelle unserer Grundüberzeugungen steht das Bekenntnis zu den unveräußerlichen Menschenrechten, zur Demokratie und zur sozialen Gerechtigkeit! Dies gilt für alle Menschen. Für die Armen wie die Reichen, für die Starken wie die Schwachen, für Kranke wie Gesunde, für Außenseiter, für Minderheiten und für Mehrheiten.

Erwin Ringel hat einmal gesagt: »Das sicherste Kennzeichen der faschistischen Gesinnung ist die Verachtung der Schwachen.« Die SPÖ, und das ist ein weiteres Erkenntnis, bekennt sich dazu die Schwächeren in der Gesellschaft zu stützen, Armut zu bekämpfen, menschenwürdiges Leben und Arbeiten zu ermöglichen, Frauenrechte umzusetzen und über gleichen Bildungszugang Chancengleichheit zu ermöglichen. Kreisky meinte: »Die Reife einer Gesellschaft zeigt sich in der Behandlung ihrer Minderheiten.« Daher ist es eine Frage des

demokratischen Grundbewusstseins, wie wir uns gegenüber Minderheiten und gegenüber Volksgruppen, die eine ethnische Minderheit darstellen, verhalten. Die slowenische Volksgruppe in Kärnten hat zu einem beträchtlichen Teil dazu beigetragen, die Kärntner Volksabstimmung zu gewinnen, wir müssen heute die Stärke aufbringen, der slowenischen Volksgruppe das Bewahren ihrer Identität zu ermöglichen. Es ist ein Unfug, eine »Minderheitenfeststellung« oder gar eine Volksabstimmung als Basis für die Verankerung von Minderheitenrechten oder identitätsstiftenden Maßnahmen zu sehen.

Dazu sage ich als SPÖ-Vorsitzender unmissverständlich und deutlich: Nein! Wir lassen nicht zu, dass politisch zu lösende Probleme als Konfliktstoff in die Familien und Dörfer getragen werden.

Mehrsprachigkeit, kulturelle Vielfalt stellen eine Bereicherung dar. Wir sollten das Selbstbewusstsein aufbringen, diese Vielfalt zu leben. Kärnten wird gerade durch seine Mehrsprachigkeit, durch seine Volksgruppen, durch die Schnittfläche dreier Kulturen zu einem ganz besonderen Land. Kulturelle Vielfalt, die nicht gepflegt wird, gebiert geistige Einfalt.

Rechtsstaatlichkeit ist ein Grundprinzip jedes demokratischen System. Demokratische Gerichtsurteile können richtig oder im historischen Konnex falsch sein, hinter jedem menschlichen Handeln kann auch Irren stehen, aber das Grundprinzip der Rechtsstaatlichkeit besagt, demokratische Gerichtsurteile sind einzuhalten, ob sie gefallen oder nicht. Alles andere wäre Willkür oder Anarchie.

In diesem Sinn begrüße ich auch ausdrücklich die Aufstellung der zweisprachigen Ortstafeln nach den letzten Erkenntnissen des Verfassungsgerichtshofes und dies muss auch im Sinn des Gesagten für zukünftige Erkenntnisse zu gelten haben. Eine Lösung der Ortstafelfrage kann nur eine politische sein. Als SPÖ werden wir konstruktiv im Interesse einer gemeinsamen Zukunft daran arbeiten.

BLICK IN DIE ZUKUNFT


Kärnten, die Region in der wir leben, liegt seit Jahrhunderten, ja Jahrtausenden am Schnittpunkt mehrerer Völker und Kulturen. Ob es die Kelten oder die Römer waren, die Bajuwaren oder die Slowenen. All diese Entwicklungen, dieses Aufeinandertreffen der Völker hat unsere Kultur, unser Wesen, unser Sein nachhaltig geprägt. Heute sollten wir dies zu unserer Stärke machen, am Schnittpunkt zum Balkan, zum oberitalienischen Raum, zu Mitteleuropa.

Zu den schon angesprochenen Sternstunden der Geschichte zählt für mich auch die Gründung der Europäischen Union, auch der Beitritt Österreichs zur EU. Niemals zuvor in der Geschichte hat es einen so langen Zeitraum des Friedens in Europa gegeben. Seit 1945, seit der Niederlage des nationalsozialistischen Schreckensregimes hat es keinen Krieg mehr auf österreichischen Boden gegeben. Das allein ist Rechtfertigung genug, sich zum europäischen Einigungsprozess, sich zur Europäischen Union zu bekennen.

Dies heißt nicht, dass ich völlig unkritisch und unreflektiert alles gut heiße, ganz im Gegenteil, der europäische Einigungsprozess kann nur dann erfolgreich fortgesetzt werden, wenn wir ständig Reformen setzen. Eine europäische Sozialunion bleibt weiterhin unser Ziel, anstelle eines Europas der Vaterländer und der Konzerne kämpft die Sozialdemokratie für ein Europa der ArbeitnehmerInnen.

Das Bekenntnis zur Demokratie steht außer Streit, doch die Frage der Menschenrechte ist in Gefahr, wenn wir uns den Umgang – auch in Europa – mit Minderheiten anschauen, ich meine hier den Umgang mit der Volksgruppe der Roma. Auch das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit, die Armutsbekämpfung muss noch viel stärker Eingang in die europäische Politik finden. Bedarfsorientierte Mindestsicherung, die auf Reintegration in den Arbeitsmarkt abzielt, und/oder Weiterbildung sind ein wichtiger erster Schritt zur Armutsbekämpfung, eine EU-weite Umsetzung wünschenswert.

Kein Staat ist heute mehr in der Lage allein und auf sich gestellt zu agieren, geschweige ein einzelnes Bundesland oder eine kleine Region. In guter Nachbarschaft sollten wir unsere geografische Lage nützen und gemeinsam mit Slowenien, Kroatien und Friaul-Julisch Venetien die interregionale Zusammenarbeit verstärken. Ich schlage daher vor, grenzüberschreitende Landtagssitzungen und Arbeitsforen zur ständigen Verbesserung und Intensivierung nachbarschaftlicher interregionaler Zusammenarbeit durchzuführen. Grenznahe AKW-Planungen wie sie in Italien drohen wären ein geeigneter Anlass dafür.

Die Zukunft unserer Kinder liegt in Europa, wir müssen unsere Stärken nur richtig einsetzen, Mehrsprachigkeit, kulturelle Vielfalt gepaart mit unserem offenen Wesen sind Chancen, die wir nicht brach liegen lassen dürfen. Die Zukunft liegt in der Offenheit und nicht in der Enge. 

PETER KAISER

ist Landesparteivorsitzender der SPÖ Kärnten und Landeshauptmannstellvertreter sowie Gesundheitslandesrat des Landes Kärnten.

Der Beitrag ist die schriftliche Fassung einer Rede, die Peter Kaiser bei der Festveranstaltung der SPÖ am 21. September 2010 im Festsaal der AK Kärnten in Klagenfurt gehalten hat.

WORLD PRESS PHOTO 10

© Adam Ferguson (Australien), VII Mentor Program für The New York Times, 1. Preis
Harte Fakten Einzelfotos Eine Frau wird in Kabul, Afghanistan, am 15. Dezember 2009 nach einem Selbstmordattentat hastig vom Ort des Geschehens weggeführt. Die Autobombe des Attentäters explodierte in der Nähe eines Hotels im am besten bewachten Stadtteil Wazir Akbar Khan, wo viele Botschaften und westliche Hilfsorganisationen ihren Sitz haben. Mindestens acht Menschen wurden bei der Explosion getötet und 40 verletzt. Dies war der erste größere Anschlag in Kabul seit der afghanische Präsident Hamid Karzai einige Wochen zuvor zum zweiten Mal in seinem Amt vereidigt worden war.



© Marco Vernaschi (Italien) für Pulitzer Center, 1. Preis Reportagen Fotoserien Guinea-Bissau hat sich zu einem Zentrum des Kokainhandels für südamerikanische Drogenkartelle entwickelt, die neue Schmuggelrouten nach Europa suchten. Mit über 100 Inseln und einer Marine ohne seetüchtige Boote bietet Guinea-Bissau sichere Orte für das Umladen, Lagern und den Transport von Kokain. Armeeeoffiziere und führende Politiker sind in den Drogenhandel verwickelt. Nach Angaben von Interpol war der frühere Präsident João Bernardo Vieira, der am 2. März 2009 ermordet wurde, persönlich am Drogenhandel beteiligt und hatte versucht, einige seiner Generäle, mit denen er Meinungsverschiedenheiten hatte, aus dem Handel zu drängen.



Die Tea Party – eine Anti-Partei

Für viele europäische BeobachterInnen wirken ihre Vertreter wie ein schlechter Scherz einer Satire-Sendung: Mit ihrem aggressiven Auftreten gegen Präsident Obama und einem ultrakonservativen Weltbild ist die rechte Tea-Party-Bewegung derzeit trotzdem drauf und dran die Republikanische Partei in den USA zu übernehmen. Manfred Lang über ein neues politisches Phänomen.

Am 2. November sind Kongresswahlen in den USA, für die politische Auguren eine Niederlage der Demokraten voraussagen. Wobei die Partei des Präsidenten bei *mid-term elections* meistens Stimmen und damit Sitze in beiden Häusern des Kongresses verliert. Die Frage, die sich dieses Mal stellt, ist, ob es den Demokraten gelingt, die Verluste zu begrenzen. Und damit auch eine Niederlage, die nicht zuletzt Präsident Obama zugerechnet werden würde. Der Präsident hat zurzeit schlechte Umfragewerte, aber auch die Arbeit republikanischer wie demokratischer Senatoren und Kongressabgeordneter wird eher schlecht beurteilt. Die ultrakonservative Rechte scharrt sich in der Tea-Party-Bewegung und setzt auf diesen Anti-Establishment-Trend.

John Adams, 1797 bis 1801 der zweite Präsident der USA, schrieb am 17. Dezember 1773 in sein Tagebuch: »Gestern Abend wurden drei Ladungen Bohea-Tee ins Meer geschüttet. (...) Dieses letzte Unternehmen der Patrioten hat eine Würde ..., die ich bewundere. Das Volk sollte sich nie erheben, ohne etwas Erinnerungswürdiges zu tun – etwas Beachtenswertes und Aufsehen Erregendes. Die Vernichtung des Tees ist eine so kühne, entschlossene, furchtlose und kompromisslose Tat, und sie wird notwendigerweise so wichtige und dauerhafte Konsequenzen haben, dass ich sie als epochemachendes Ereignis betrachten muss.«

Bohea-Tee war die allgemeine Bezeichnung für Schwarztee, der Vorfall, den Adams so bemerkenswert findet, ging in die Geschichte als *Boston Tea Party* ein. Und sie steht für den Aufstand, den Protest, den Widerstand gegen eine Regierung, damals war es die britische Kolonialregierung, die ihre Kompetenzen überschreitet. Die sich in Dinge einmischt, die

sie nichts anzugehen haben. Die zu groß, zu mächtig ist und die zu viele und zu hohe Steuern haben will. Für die Fans und Unterstützer der Tea Party des 21. Jahrhunderts ist das die Obama-Regierung, die sie bekämpfen.

Die Tea Party ist die neueste politische Armee in den USA, noch keine zwei Jahre alt und schon erstaunlich erfolgreich. Diese schrillen Ultrakonservativen schrecken vor billige Lügen nicht zurück, wenn es darum geht, Obama zu verunglimpfen. Er sei in Kenia geboren. Obama wolle den Ruin der us-Wirtschaft, wolle linke Aufstände herbeiführen und die Nation dem Sozialismus ausliefern. Er sei ein Muslim. Er sei ein zweiter Hitler. Oder ein zweiter Mao.

GEGEN ALLE POLITIKER

Am rechten Rand des politischen Spektrums angesiedelt, sind mehr Männer als Frauen dabei, sie sind meistens verheiratet und etwas älter, zu 75 Prozent weiße Anglo-Amerikaner. Rund 90 Prozent sind unglücklich mit der politischen Ausrichtung des Landes und betrachten die Schuldenlast, für die die Obama-Regierung verantwortlich sei, als eine große Bedrohung. Rund neunzig Prozent sind gegen eine Wiederwahl Obamas, aber auch gegen eine Wiederwahl der meisten Senatoren und Abgeordnete des Repräsentantenhauses.

Sie sind eher nicht der Meinung, dass Diskriminierung eine Bedrohung für die Zukunft der USA darstelle und ein Hindernis für Minderheiten. Über die Hälfte ist der Ansicht, dass Afro-Amerikanern der innere Antrieb und die Willensstärke fehle, um der Armut zu entkommen. Für die meisten Tea-Party-Anhänger kosten illegale Immigranten auf längere Sicht gesehen zu viel, da sie staatliche Unterstützungen bekommen und aus ihnen keine anständigen Bürger werden würden.

Was die Tea Party organisatorisch ist, darüber sind sich die Beobachter nicht ganz einig. Eine Bewegung, sicher keine Partei, eher eine Anti-Partei, in der keine Einigung über die nationalen Anti-Parteiführer besteht und organisierte politische Macht abgelehnt wird, eher eine religiöse Erneuerungsbewegungen denn eine politische Bewegung, aber deren Anhängerinnen und Anhänger sehr engagiert und motiviert sind und gleichzeitig sehr misstrauisch, auch gegenüber den eigenen Politikern. Es geht der Tea Party darum, einer arroganten Elite Amerika zu entreißen, das Land vor der Tyrannei dieser Elite zu retten und eine Renaissance des wahren, guten Amerikas zu bewerkstelligen.

EIN BUCH VON AYN RAND

Mad Men ist der Titel einer äußerst erfolgreichen Fernseh-Serie, die in den USA seit 2007 läuft und die in den letzten drei Jahren mit dem *Golden Globe*, dem Oscar für Fernsehproduktionen, als beste TV-Serie in der Kategorie Drama ausgezeichnet wurde. *Mad Men* zeigt sehr gekonnt, sehr detailverliebt das Leben in und um eine New Yorker Werbeagentur in den frühen Sechzigern und lässt sich auch auf die gesellschaftlichen Zeitumstände ein. Und in der Serie wird immer auch noch auf zeitgenössische Bücher, meistens Bestseller, hingewiesen, die von den Protagonisten gerade gelesen werden – etwa *Exodus* von Leon Uris.

In einer Folge wird auch Ayn Rands *Atlas Shrugged*, erschienen 1957, einer längeren Betrachtung für wert befunden. Darin stellt die aus Russland stammende Philosophin in Form einer literarischen Erzählung die Eckpfeiler ihrer Manchester-absolutistischen-kapitalistischen Weltanschauung dar, wo Eigennutz alles und sozialer Ausgleich nichts ist. Umfragen der Kongressbibliothek in Washington zeigen, dass *Atlas Shrugged* zu den Büchern gehört, die einen großen Einfluss auf ihre Leserschaft hatten und haben. Dieses Buch ist, wie man in einen Literaturblog lesen kann, eine »widerwärtige, rassistische, frauenfeindliche, asoziale und extrem vereinfachende Schmonzette«. Was bei Tea Party-Anhängern sicher Anklang findet. So kann man immer wieder bei Tea Party-Demons-

trationen Schilder sehen, auf denen steht: *Who is John Galt?* Oder: *I am John Galt*.

John Galt ist die Hauptfigur in *Atlas Shrugged*, der Erfinder eines Supermotors. Galt will nicht, dass seine Erfindung einer Welt zur Verfügung steht, in der das Kollektiv herrscht. Er will, dass der Motor dieser Welt zum Stillstand kommt und organisiert einen Streik der besten Köpfe Amerikas mit dem Ziel des Untergangs der Regierung. Die Frage nach John Galt ist der verzweifelte Schrei nach einer Welt, wo nicht das Böse, also das Kollektiv, das Sagen hat.

Ayn Rand starb 1982 und ist in Valhalla im Bundesstaat New York begraben. Zu ihrem Begräbnis kam auch Allen Greenspan. Zu ihren Anhängern zählt etwa der republikanische Kongressabgeordnete Ron Paul. Daher wunderte sich auch niemand, dass sein Sohn mit Vornamen Rand heißt. Ron Paul versuchte zweimal für das Amt des Präsidenten zu kandidieren. 1988 wurde er von der Libertären Partei der USA nominiert und bekam 432.000 Stimmen. 2008 versuchte er von den Republikanern nominiert zu werden. Ron Pauls Spitznamen ist »Dr. No« und Dr. No stimmt gegen alles, was für ihn nicht richtig stramm rechtskonservativ ist. So war er auch dagegen, dass **der** Bürgerrechtsaktivist Martin Luther King einen nationalen Ehrentag bekommt. King sei doch bloß ein Parteigänger der Kommunisten und Schürzenjäger und sein nationaler Ehrentag eine nationale Schande.

Daher hat es schon seine politische Logik, wenn sich die Tea Party am 28. August vor dem Washingtoner Lincoln-Denkmal versammelte. Am 28. August 1963 hielt hier Martin Luther King auf einer Bürgerrechtsdemonstration seine berühmte *I have a dream*-Rede und forderte das Ende der Rassendiskriminierung. Fast ein halbes Jahrhundert später behauptet der bekannte Fernsehmoderator des rechtskonservativen Senders *Fox News*, der selbst ernannte Hohepriester der Rechten und Kundgebungsorganisator, Glenn Beck, die Tea-Party-Bewegung sei der wahre Erbe und Beschützer der Bürgerrechtsbewegung. Sie stehe für Bürgerrechte und Rechte

für alle, aber nicht für soziale Gerechtigkeit, denn denselben Wohlstand für alle kann es nicht geben. Auf Glenn Becks Mist ist auch gewachsen, dass Barack Obama ein Rassist sei, der alle Weißen hasst.


Auf der Kundgebung, an der zwischen 70.000 und einer Million Tea-Party-Fans in der Hauptstadt zusammenkamen – die Schätzungen weichen je nach politischen Standort sehr voneinander ab –, sprach auch Sarah Palin, die republikanische Vizepräsidentenskandidatin 2008 und bis 2009 Gouverneurin von Alaska. Nach ihrem Rücktritt 2009 war sie politisch abgeschrieben worden – zu früh, wie sich herausstellte. Regelmäßig tritt sie auf *Fox News* als Kommentatorin auf, verdient an Buch-Tantiemen, wird gut bezahlt für ihre Redeauftritte, treibt ihre Präsidentschaftskandidatur für 2012 voran und spricht *endorsements*, also Wahlempfehlungen aus, die erfolgreich sind. Von Palin empfohlene Kandidatinnen und Kandidaten erhalten republikanische Kandidaturen. Sarah Palin ist bekannt, hat Erfolg und wurde ein Machtfaktor bei den Republikanern, obwohl sie kein öffentliches Amt innehat. Palin steht dafür, dass es an der Zeit ist, das Land zurückzuerobern. Von wem? Von den Demokraten, den Linken, allen, die Obama unterstützten und unterstützen. Aber Palin verlässt sich für ihre politischen Ambitionen nicht nur auf die Tea Party, sondern unterhält auch gute Beziehungen zum republikanischen Partei-Establishment – sicher ist sicher.

Schauen wir noch einmal bei der Familie Paul vorbei. Ron Pauls Sohn Rand gewann als Tea-Party-Favorit die Vorwahlen für die republikanische Senatskandidatur in Kentucky im Mai haushoch – völlig überraschend gegen den Kandidaten des republikanischen Partei-Establishments. In seiner Siegesrede sprach er davon, dass die Tea Party eine laute und klare Botschaft habe: »Es kann gar nicht oft genug wiederholt werden, die Leute wollen was Neues. Sie wollen nicht dasselbe Alte, dieselben alten Politiker, und ich glaube sie glauben das System ist zusammengebrochen und braucht neues Blut.« Übrigens: Rand Paul wurde nicht nach Ayn Rand benannt, sondern er heißt Randal und seine Frau kürzte den Namen

einfach ab. Und sein Vater Ron Paul hat den Traum vom Präsidenten auch nicht ganz ausgeträumt – die Ron Paul Tea Party sammelt bereits fleißig Geld für die Nominierung 2012.

Seit dem Sieg von Rand Paul gelang es der Tea Party einige Siege bei republikanischen Vorwahlen zu holen, nicht zur Freude des republikanischen Parteiapparats. So gewann im September in Delaware die Außenseiterin Christine O'Donnell gegen den gemäßigten Republikaner Michael Castle, der im Kongress durchaus auch für Obama-Projekte stimmte – für die Tea-Party-Anhänger somit ein unmöglicher Kandidat. Die republikanische Parteimaschine versuchte zwar gegen die an Hexerei glaubende O'Donnell und deren nicht ganz lupenreine finanzielle Vergangenheit Wind zu machen, doch man verlor – O'Donnell und mit ihr ihre Unterstützerin Sarah Palin und die Tea-Party-Bewegung triumphierten.

Aber wenn manche vielleicht glaubten, die Tea Party könne die Grand Old Party völlig rechtskonservativ wenden, so unterlagen sie einem Irrglauben. In kleineren Bundesstaaten funktioniert das manchmal, aber auch nicht immer. Außerdem, und darauf hoffen die Demokraten, könnte es passieren, dass die Tea-Party-Kandidaten doch zu rechts stehen und den Republikanern den überzeugenden Sieg kosten könnten.

Die Tea Party, so ist zu befürchten, wird man trotzdem nicht so schnell los werden, denn sie stehe, wie ein amerikanischer Politologe meint, für eine reale politische Krise. 

MANFRED LANG

ist Leiter des Friedrich-Austerlitz-Instituts
und Mitarbeiter des Dr.-Karl-Renner-Instituts.

WORLD PRESS PHOTO 10

© Charles Ommanney (Großbritannien), Getty Images für Newsweek, 2. Preis Menschen in den Schlagzeilen Fotoserien Barack Obama wurde am 20. Jänner 2009 auf der Westseite des Kapitols in Washington D.C. als 44. Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt. Obama ist der erste Afroamerikaner in diesem Amt in der Geschichte des Landes. Obama wartet einen Moment, bevor er zur Vereidigung das Podium betritt.



Zur Biologisierung des Sozialen

Mit seinen kruden Thesen zu »natürlichen« Veranlagungen von Türken und Juden hat der deutsche Bundesbanker Thilo Sarrazin eine heftige Debatte ausgelöst. Alessandro Barberi analysiert, losgelöst von kurzfristigen taktischen Überlegungen, den reaktionären Kern von Sarrazins Argumenten.

1. Einleitung

Dass die moderne Genetik nach ihrer Durchsetzung und Anerkennung im Rahmen des 20. Jahrhunderts eine der komplexesten und auch bemerkenswertesten Wissenschaften unserer Geschichte darstellt, kann wohl kaum bestritten werden. Ähnlich wie die Darwinsche Evolutionstheorie seit dem 19. Jahrhundert zählen die Erkenntnisse der modernen Biologie zum fast unhintergehbaren Bestand unseres Wissens und unseres Blicks auf die Welt. Dies gilt aber auch – und scheinbar muss man dies angesichts der aktuellen Debatten mit allem Nachdruck in Erinnerung rufen – für die Sozial- und Kulturwissenschaften und – präziser noch – für die Ökonomie, um hier von Chemie und Physik der Kürze halber nicht zu schreiben.

Warum kommt es aber immer wieder zu vereinfachten Dogmatisierungen, die den Bereich des Biologischen als direkte Determinante des Sozialen, Kulturellen oder Anthropologischen fixieren wollen? Warum wird die Vielfalt sozialer, ökonomischer oder kultureller Phänomene durch Besetzungen der Biopolitik¹ auf einen stark vereinfachten Begriff des Genoms reduziert, der dann im Sinne einer alles bestimmenden Ursache Religionen, Nationen oder Völker samt deren Eigenarten bestimmen soll (jüngst war sogar von einem »Gen der Juden« die unsägliche Rede)? Warum funktionieren genetische Begriffe immer wieder in eugenischen Diskursen oder treiben Steuerungs- und Zuchtphantasmen an? Und wie kann man sich dem wissenschaftlich widersetzen?

2. Biologie und Ökonomie

Eine Antwort auf diese Fragen liegt in den historischen Voraussetzungen unseres Wissens selbst. Das 19. Jahrhundert –

oftmals und vollkommen zu Recht als das »Jahrhundert der Geschichte« bezeichnet – war von Fragen der historischen Herkunft, der Abstammung oder eben der Vererbung auf mehreren Ebenen durchzogen und bestimmt. Sowohl Ökonomie als auch Biologie lassen sich durch eine solche Ausrichtung beschreiben. So hat beispielsweise Otto Bauer 1909 in einem schönen Artikel zu Marx und Darwin (bezeichnenderweise erschienen in »Der Kampf«) die Überlappungen von Evolution und Kapitalismusgeschichte nahegelegt. Gleichzeitig hat er aber auch erkenntniskritisch auf den Punkt gebracht, dass Biologie und (politische) Ökonomie nicht die gleiche Ebene des Wissens umreißen:

»Freund und Feind haben oft verkannt, daß Darwin und Marx dem Denken Richtlinien gezogen haben, die in den verschiedenen Ebenen menschlichen Wissens liegen; sie kreuzen einander in der Schnittlinie beider Ebenen, aber vom Kreuzungspunkt in verschiedenen Ebenen fortlaufend, berühren sie einander nicht mehr.«²

So wie bei Marx die Kontinuität des Kapitalismus u. a. auf der Übertragung des Kapitals als Erbe beruht, läuft bei Darwin die (durchaus historisch zu fassende) Evolution u. a. über die natürliche Selektion der Erbmerkmale. Seit dem 19. Jahrhundert überlappen sich in diesem Sinne ökonomische und biologische Begriffe. Dies wird gerade dann besonders deutlich, wenn man sich die Doppeldeutigkeit oder Zweiwertigkeit von Begriffen wie »Gabe«, »Begabung«, »Talent«, »Erbe«, »Vererbung«, »Erbanlage«, »Veranlagung« oder »Reproduktion« vor Augen führt, die alle im Umfeld genetischer Diskurse eine Rolle spielen, gleichzeitig aber ohne große Schwierigkeiten auf ökonomische oder wirtschaftsgeschichtliche Zusammenhänge bezogen werden können. Die »Gabe« kommt vom Ge-

1 Zum Begriff der Biopolitik vgl. vor allem das Kapitel „Recht über den Tod und Macht zum Leben“ in: Michel Foucault, *Der Wille zum Wissen*, Frankfurt/M. 1983, 159–190. Eine politische Einbettung des Konzepts in die aktuellen Konstellationen des globalen Empires findet sich an verschiedenen Stellen in: Michael Hardt/Toni Negri, *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt/M. 2000. Insbesondere das 2. Kapitel von Teil I „Biopolitische Produktion“ ist dahingehend aufschlussreich.

2 Vgl. OTTO BAUER, MARX und DARWIN, in: Otto Bauer. Eine Auswahl aus seinem Lebenswerk, Wien 1961, 194–204, hier 199

3 Vgl. MARCEL MAUSS, Die Gabe. Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften, Frankfurt/M. 1994.

4 Vgl. grundlegend und neben vielen anderen Studien und Texten: Pierre Bourdieu, *Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital*, in: KRECKEL, R. (Hg.), *Soziale Ungleichheiten*, Göttingen 1983, 183–198

5 Vgl. François Jacob, Roman Jakobson, Claude Lévi-Strauss, Philippe L'Heritier, *Leben und Sprechen. Eine Diskussion unter Leitung von Michel Tréguer*, in: ADELBERT REIF (Hg.), *Antworten der Strukturalisten*, Hamburg 1973, 45–70, hier: 60

ben und hat – wie bei Marcel Mauss³ – etwas mit dem Geschenk zu tun. Das »Talent« ist eine antike Maßeinheit oder Währung, die z. B. bei den Griechen aus sechzig »Minen« bestand. Die »Anlage« ist bis heute auch eine architektonische Bezeichnung z. B. für einen Gebäudekomplex oder einen Garten. Im Begriff der »Reproduktion« steckt buchstäblich jener der »Produktion«. Und nicht zuletzt das »Erbe« ist per se mit der ökonomischen Werteübertragung von einer Generation auf die nächste und also auch mit dem Erbrecht verbunden.

Diese metaphorische Überlappung stellt – in Erinnerung an die Aussage Otto Bauers – einen Kreuzungspunkt von Biologie und Ökonomie dar und ist insofern bezeichnend, als in biopolitischen Diskussionen der (sozio)ökonomische Anteil dieser Begriffe buchstäblich »naturalisierend« aus dem Blick gerät. Damit verschwindet dann auch die zweite »Ebene« des Wissens, die heute – im weitesten Sinne – auf die Sozial- und Kulturwissenschaften ausgedehnt werden kann.

3. Epigenetik und Kybernetik

Auch in den rezenten Diskussionen über die Rolle der Epigenetik, bei der es u. a. um eine Neubewertung der Lamarck'schen Annahme einer »Vererbung erworbener Merkmale« geht, steht gleichsam im Herzen der Biologie die Frage des Erwerbs. Fast möchte man annehmen, die Sozial- und Kulturwissenschaften wären seit dem 19. Jahrhundert lamarckistisch geblieben. Oder würde es jemand für unplausibel oder irrational halten, wenn man – wie es etwa die Soziologie Pierre Bourdieus tut⁴ – annimmt, dass z. B. die angehäuften, akkumulierten und mithin erworbenen Konten, Gelder, Dinge oder Liegenschaften eines Akteurs sich auf seine Kinder, d. h. seine Erben übertragen? Dass sich also diese historisch erworbenen Merkmale eines Menschen vererben? Und bemerkenswert genug, dass mit der Epigenetik nach langer genetisch-wissenschaftlicher Determinationsdogmatik nunmehr die Frage auftaucht, ob und wie genau sich die »Umwelt« in das Genom einschreibt. Lebewesen werden nicht nur genetisch codiert, es stellt sich die Frage, wie und ob der Objektbereich

der Genetik seinerseits von der »Umwelt« codiert wird. Vor unseren Augen scheint sich – zögerlich noch – im Innersten der biologischen Forschung ein paradigmatisches Modell biologischer Determination aufzulösen, dessen ideologische, d. h. biopolitische Funktion in der Geschichte des 20. Jahrhunderts noch zu analysieren bleibt.

Bemerkenswert aber auch, dass sich mit diesen epigenetischen Modellen der Biologie nunmehr auch die Frage wiederholt, ob Menschen das Genom programmieren und steuern können. Nicht von ungefähr sprechen heutige Biologen von epigenetischen Schaltern, weil sie seit den Fünfzigerjahren des 20. Jahrhunderts mit Terminologien der Informationstheorie und vor allem der Kybernetik operieren und demgemäß auch ihre Modelle bilden. So wie dieser Steuerungswissenschaft folgend Menschen miteinander rückgekoppelt kommunizieren, so tun es eben auch Moleküle und Gene. Sie sind »Kommunikationsmaschinen«, wie Claude Lévi-Strauss zu dieser Zeit und in einer bemerkenswerten Diskussion formulierte.⁵

Es geht mitten in der Genetik um Transport und Speicherung von Informationen, um Rückkopplungsschleifen und Resonanzräume, um Interferenzen, Signale und Rezeptoren. Schon ein kurzer Blick auf die Geschichte der Nobelpreise für Physiologie oder Medizin macht deutlich, dass in den genetischen Debatten immer wieder Terminologien der Steuerung und der Kontrolle verwendet werden, was ihre Wissenschaftlichkeit nicht in Frage stellt, aber ihre Funktionalisierung in Steuerungs- und Zuchtmodellen ermöglicht. Auch die Doxa des biologischen Wissens kokettiert mit der Macht. Darin ist sicher auch ein Grund für die Möglichkeit des biopolitischen Mißbrauchs genetischer Begriffe im Blick auf eine durchgesteuerte Welt zu sehen. Eine Welt, die einer Orwellschen Technokratie des biopolitisch gefassten Genoms entspräche. Oder Franz Werfels »Stern der Ungeborenen«.

Es ist daher auch sehr verwunderlich, dass weder die Community der Ökonomen noch die der Biologen nachdrücklich

und öffentlich sichtbar auf den gegenwärtigen Missbrauch ihrer Terminologien reagieren. Teilweise dürfte dies eben auch an technokratischen Funktionen der Wissenschaft in der kapitalistischen Wissens- und Informationsgesellschaft selbst liegen. Die Genetik als »biopolitische Herrschaftsideologie« im globalisierten Empire? Eine zumindest diskutabile Frage. Gerade weil sie zu selten gestellt wird.

4. Innere Komplexität der Genetik und Zufall

Lässt sich aber umgekehrt in der modernen Genetik selbst ein rationales Schema finden, dass sich einem biopolitischen Determinismus entzieht? Und wo läge heute der Kreuzungspunkt von Natur- und Sozialwissenschaften? Erstens sind beide Bereiche durch ihre innere Komplexität erkenntnistheoretisch verbunden. Zweitens taucht – wie bereits angedeutet – in der Biologie selbst ein Bereich auf, der konkrete und integrative Verbindungen erlaubt: die Geschichte.

Schon Carl Friedrich von Weizsäcker hat 1972 in seiner kurzen Einleitung zur bahnbrechenden Biologiegeschichte von Francois Jacob (»Die Logik des Lebenden. Von der Urzeugung zum genetischen Code«) mit Nachdruck darauf verwiesen, dass Evolution und Genetik zutiefst mit Geschichte verbunden sind. Und dies nicht nur, weil Jacob Biologie, Evolution und Genetik in ihrer Geschichte behandelt, sondern weil in ihrem Gegenstandsbereich selbst Zufall, Ereignis und Geschichte auftauchen:

»Die moderne Selektionstheorie interpretiert die Entstehung des objektiv Zweckmäßigen als Werk des Zufalls. Zufällig im wissenschaftlichen Sinne sind Ereignisse, denen relative Häufigkeit gemäß den Regeln der Wahrscheinlichkeit vorhergesagt werden kann. Das Begriffsarsenal der angewandten Wahrscheinlichkeitstheorie verweist auf Faktizität und Möglichkeit, d.h. Vergangenheit und Zukunft, also auf Zeit und Geschichte.«⁶

Von Determinanten mithin keine Spur. Im Evolutionsprozess selbst herrscht unabdingbar Kontingenz und Zufall,

die nur über Wahrscheinlichkeiten modelliert werden können. Auch die deutsche Nobelpreisträgerin Christiane Nüsslein-Volhard betonte sinngemäß, dass es schon viel ist, wenn sie im Blick auf die von ihr untersuchte Tauffliege (*Drosophila melanogaster*) auch nur im Ungefähren ausmachen kann, wie die genetischen Modelle sich empirisch und am Lebewesen konkretisieren lassen. Vom Menschen dahingehend ganz zu schweigen. Eine glatte Kausalität liegt also nicht vor.

Biologisch-genetische Patterns des Genoms schlagen daher nicht und schon gar nicht monokausal auf soziökonomische Verhältnisse durch, die u. a. aus menschlichen Aktivitäten und Denkprozessen – aus der symbolischen Ordnung einer Gesellschaft – bestehen, die wohl unbestreitbar an der Produktion genetischer Modelle und Repräsentationen der Natur beteiligt sind. Ja, sie schlagen nicht einmal direkt auf physiologische Merkmale wie die menschliche Körpergröße durch, wie jüngst in *Nature* dokumentiert wurde. Will die Genetik etwa erläutern, wie es dazu kommt, dass der zurzeit größte Mensch der Welt 246,5 cm misst, hat sie es – wie jüngst auch der Standard berichtete – mit mehreren hundert Gen-Varianten an nicht weniger als hundertachtzig Stellen des Genoms zu tun.

Die Erklärung ist mithin nicht nur schwer, sondern verweist darauf, dass auch die Doppelhelix ein extrem komplexes und variiertes Modell der biologischen Welterklärung ist, was ihr keinerlei Plausibilität, Rationalität oder Wissenschaftlichkeit nimmt, sie aber aus der Position einer fast göttlichen Steuerungsposition entlässt. (Im Übrigen war die gewundene und ansprechende Spiralform der DNA, die uns allen heute vor Augen steht, Produkt einer ästhetischen Entscheidung der im Labor an ihrer Erforschung beteiligten Wissenschaftler. Doch das steht auf einem anderen sozial- und kulturwissenschaftlichen Blatt.)

Biologisch rational scheint es mithin zu sein, die immense Komplexität des genetischen Erbmaterials und die Rolle des Zufalls in der Evolution zu betonen. Und beide Aspekte be-

6 Vgl. Carl Friedrich von Weizsäcker, Vorwort, in: FRANÇOIS JACOB, Die Logik des Lebenden. Von der Urzeugung zum genetischen Code, Frankfurt/M. 1972, 5–7, hier 6–7

7 UMBERTO ECO, Die Karte des Reiches im Maßstab 1:1, in: ders., Platon im Striptease-Lokal, München/Wien 1990, 85–97

8 Vgl. dazu etwa PIERRE BOURDIEU/LOÏC J. D. WACQUANT, Reflexive Anthropologie, Frankfurt/M. 1996

stimmen und determinieren gerade nicht direkt und eindeutig die Merkmale eines Akteurs oder eines Lebewesens.

5. Wider den Determinismus

Das Ableiten legitimer und plausibler biologischer und mithin auch genetischer Argumente in den Bereich biopolitischer Zuchtphantasmen besteht also gerade darin, dass die Mannigfaltigkeit von Eigenschaften und Merkmalen einzig auf physiologische Patterns und »biologische Gesetze« zurückbezogen wird. Das Genom scheint als Gesetzgeber indes sehr heterogen und unschlüssig zu sein. Geht man aber von einer solchen grundlegenden Determination aus, kann jede Eigenschaft, jedes ökonomische, soziale oder kulturelle Merkmal dann als genetisch codiert erscheinen und entzieht sich mithin auch per se der politischen Veränderung.

Der biologische Determinismus deckt sich dann an dieser Stelle sehr leicht mit Steuerungsideologien, die in Züchtungsphantasmen umschlagen können, welche sich wiederum mit »biologischer« Sicherheit – und daher als Biopolitik – realisieren wollen. Welcher menschlichen Eigenschaft wurde in den letzten Jahren nicht irgendein fatales Gen zugeordnet, das eben diese Eigenschaft als unveränderlich erscheinen lässt? Armut, Intelligenz, Alkoholismus, Homosexualität ... Es scheint biopolitische Phantasten zu geben, die das Genom für eine »Karte des Reiches im Maßstab 1:1« halten, deren Unmöglichkeit Umberto Eco einmal erläutert hat.⁷ Auch das Modell des Genoms kann die Mannigfaltigkeit und Vielfalt von natürlichen und sozialen Eigenschaften nicht uneindeutig mit sich selbst deckungsgleich machen, eben weil es ein (in bestimmten Kontexten hergestelltes und konstruiertes) Modell ist.

6. Was tun?

Pierre Bourdieu hat im Gegensatz zu solchen Biologismen in seinen Schriften an verschiedenen Stellen mit Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, dass die sozioökonomische Analyse ihren eigensten Bereich bis zu einem gewissen Grad nur durch eine Ausblendung der biologischen Voraussetzungen konstitu-

ieren kann. Ein sozialer Raum kann gerade dann konstruiert und sichtbar gemacht werden, wenn biologische Strukturierungen des Sozialen analytisch ausgeschaltet werden. Gemessen an der gegenwärtigen eugenischen Ver(w)irrung wird eine solche Position zum notwendigen wissenschaftlichen Korrektiv und deshalb auch zur politischen Widerstandsform. Unter der Berücksichtigung der (epi-)genetischen Rationalität und der Möglichkeit ihres Ableitens in die kapitalistische Biopolitik wäre dann die politische und ideologische Funktion eben dieser Rationalität reflexiv zu analysieren.⁸

Es sei hier nur seitlich angemerkt, dass sich Bourdieu und auch gegenwärtige linke Politik – um hier nur ein konkretes Beispiel zu bringen – nachdrücklich gegen jede Form der »Selektion« im Bildungssystem richten, weil binäre Oppositionen wie Dumm/Gescheit oder Intelligent/Unintelligent nicht von der Natur vorgegeben sind, sondern in diesem »selektiven« Bildungssystem als naturalisierte »produziert« und »reproduziert« werden, um soziale Ungleichheiten aus der Sicht- und Wahrnehmbarkeit zu drängen. Die Funktionsweisen der (akademischen) Macht erscheinen so als natürlich gegeben und werden über symbolische Gewalten – etwa durch einen Numerus Clausus oder durch Zugangsbeschränkungen – stabilisiert. So funktioniert biopolitische Selektion konkret im Bereich der aktuellen Bildungspolitik.

Was also wissenschaftlich und politisch nottut, ist eine interdisziplinäre Zusammenarbeit, in deren Rahmen Sozial- und Naturwissenschaftler/innen – etwa aus Soziologie, Ökonomie, Biologie, Physiologie und/oder (Wissenschafts-)Geschichte – einen gemeinsamen Rahmen abstecken könnten, innerhalb dessen das Besondere der menschlichen Erkenntnis – nämlich die Vielfalt und Mannigfaltigkeit ihrer Gegenstandsbereiche und Modelle – herausgearbeitet wird, um die Wissenschaften nicht Demagogen und Zuchtmeistern zu überlassen. Dabei wäre auch zu analysieren, welche Rolle genetische Diskurse und Begriffe dabei spielen, entlang bestimmter Interessen Gleichheits- bzw. Differenzpositionen zu stärken. Zeigt das

9 Vgl. SIGMAR GABRIEL, Anleitung zur Menschenzucht, in: Die Zeit, Nr. 38, 16. September 2010, 4

10 Vgl. MICHEL FOUCAULT, Nietzsche, die Genealogie, die Historie, in: ders., Von der Subversion des Wissens, Frankfurt/M. 1987, 69–90

Genom auf, dass alle Menschen (*homo sapiens*) einer gleichen biologisch-physiologischen Grunddisposition folgen, der auf dieser Ebene nur minimale Variationen im Erbmaterial entsprechen? Oder gibt es ein Gen für (muslimische respektive deutsche) Dummheit, für Einkommensschere, spirituell-religiöse Haltungen oder überhaupt für Meinungen? Auch hier sch(n)eiden sich offensichtlich die Gebiete unterschiedlichster Wissensformen und Wissenschaften. So überlappt sich etwa die politisch-demokratische Frage der Gleichheit der Bürger/innen vor dem Gesetz mit der Frage nach ihrer Gleichheit vor der Natur. Hier muss weiter analysiert und diskutiert werden, weil diese Problembereiche auch von großer ethischer Brisanz sind. Schließlich geht es hier um den steuernden Eingriff in die Körper von (tierischen und menschlichen) Lebewesen.


Mit Nachdruck muss man mithin betonen, dass Wissenschaften in ihren eigenen Grenzen immer ein besonders hohes Maß an Ausdifferenzierung und Komplexität aufweisen, und sie sich gerade deshalb nicht dazu eignen, monokausale Ableitungen als gesichert zu erachten. Eher ist von zirkulären Kausalitäten auszugehen. Ein interdisziplinärer Ansatz, der an den Nahtstellen von Natur- und Sozialwissenschaften – also z. B. an den Überlappungsbereichen und Grenzen von Biologie, Ökonomie und Geschichte – ansetzt, müsste mithin von einem Merkmalsgeflecht ausgehen, in dem ganze Bündel von empirischen Verhältnissen – seien sie biologisch, seien sie sozial oder ökonomisch – analysiert werden. Nur ein solches Vorgehen könnte sich biopolitischen Determinationsdogmatiken wissenschaftlich widersetzen und sich – auch in Anknüpfung an die gegenwärtigen Diskussionen der Biologen – einer illegitimen Biologisierung des Sozialen und Ökonomischen im Sinne einer reflexiven Rahmung von Natur- und Sozialwissenschaft rational widersetzen.

7. Schluss

Insofern ist auch dem jüngst in der *Zeit* erschienenen Artikel von Sigmar Gabriel »Anleitung zur Menschenzucht«⁹ – in dem er Thilo Sarrazin eingehend kritisiert und erläutert, warum die SPD ihn in ihren Reihen nicht dulden kann – nicht nur politisch,

sondern auch wissenschaftlich zuzustimmen. Und egal, ob es um den Gegensatz von »wertvollem und weniger wertvollem Leben« geht oder um die »Erbanlagen der Eltern«. Bemerkenswert und sehr bedenklich zugleich ist, dass Gabriel mit seiner Kritik einen Ökonomen daran erinnern muss, das »Werte«, »Erbe« und »Anlagen« etwas mit Arbeitsmärkten und der Stellung von Menschen in ihnen zu tun haben und sich nicht monokausal auf die Mendelschen Gesetze zurückführen lassen.

Aber auch Helmut Schmidt hat es jüngst bei der Verwendung des Begriffs »Gen« in der *Zeit* geschleudert ... So kann es Ökonomen mithin ergehen, wenn sie es an der (historischen) Reflexion ihrer eigenen Grundbegriffe mangeln und Ökonomie in Biologie aufgehen lassen. Man sollte die Geschichte der Höllenmaschine des Kapitalismus samt seiner ökonomischen Kategorien eben nie aus dem Blick verlieren. Denn das verstellt die klare und aufgeklärte Sicht auf die Geschichte von Erbe und Vererbung.

In diesem Sinne wird auch künftige linke Politik darauf verwiesen sein, Biologie und Ökonomie an ihrer geschichtlichen Schnittstelle, an ihrem wissenschaftlichen Kreuzungspunkt zu analysieren. Und zwar nicht nur mit Darwin, sondern auch mit Marx, wenn man so will. Nicht nur mit (Epi-) Genetik, sondern auch mit historischer (an sozial- und kulturwissenschaftlichen Theorien orientierter) Analyse, die im Übrigen – neben der Ahnenforschung – bei Nietzsche und Foucault ganz einfach und signifikanterweise Genealogie heißt.¹⁰ Dies wäre in der Linken eingehend und kritisch zu diskutieren. Eines scheint allerdings abschließend klar zu sein: eine derart gefasste Geschichte lehrt uns, dass politisch etwa im Bereich des Erbrechts hier und jetzt noch viel zu tun und zu verändern bleibt. Gerade an diesem neuralgischen Punkt zeigt sich, weshalb man sich einer Biologisierung des Sozialen entziehen und tatkräftig entgegensetzen muss. 

ALESSANDRO BARBERI

ist Kommunikationswissenschaftler
und in der BSA-Fachgruppe Medienberufe aktiv.

WORLD PRESS PHOTO 10

© Walter Astrada (Argentinien), Agence France-Presse, 1. Preis Harte Fakten

Fotoserien Im Februar brachen in Antananarivo, der Hauptstadt von Madagaskar, Gewalttätigkeiten aus, als Anhänger des Oppositionsführers Andry Rajoelina im Versuch, den 2006 demokratisch gewählten Präsidenten Marc Ravalomanana zu stürzen, zu den Regierungsgebäuden zogen. Rajoelina beschuldigte den Präsidenten, ein Tyrann zu sein und öffentliche Gelder zu verschwenden. Sicherheitskräfte schossen auf die Demonstranten und töteten etwa 28 Menschen. In den Wochen danach brachen Unruhen aus. Im März meuterte ein Teil der Armee und diese unterstützte danach, unter einem neuen General, Rajoelina. Ravalomanana wurde abgesetzt und Andry Rajoelina erklärte sich zum Präsidenten.



WORLD PRESS PHOTO 10

© Kent Klich (Schweden), 1. Preis Reportagen Einzelfotos Licht scheint durch ein Loch im Dach eines Hauses in Tuffah, in Nordgaza, das von einer Panzergranate getroffen worden war. Die Familie, die hier wohnte, war Ende Dezember 2008 zu Beginn der »Operation Cast Lead«, des israelischen Angriffs auf Gaza, geflohen. Mohammed Shuhada Ali Ahmed, 39, war zurückgegangen, um Kleidung für seine Kinder zu holen. Er wurde von der Granate getötet.



© **Gihan Tubbeh (Peru)**, **1. Preis Alltagsleben Fotoserien** Adrian, 13, hat Autismus und lebt in Lima, Peru. Adrian ist fasziniert vom Fernsehen. Er berührt den Bildschirm, um das statische Kribbeln zu fühlen.



Das Glück gerechter Gesellschaften

Auf der Suche nach einem neuen sozialen Ausgleich rückt der leistbare Wohnbau wieder ins Zentrum, konstatiert Karl Wurm, Obmann der gemeinnützigen Bauvereinigungen. Angesichts knapper werdender Budgets dürfe der soziale und wirtschaftspolitische Stabilisierungsanker des sozialen Wohnbaus nicht beschnitten werden. Dafür gäbe es auch konkrete Finanzierungsvorschläge.

Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise wird auch wieder die Einkommensverteilung verstärkt diskutiert. So mancher Wirtschaftsforscher macht die in den letzten Jahrzehnten zunehmenden Einkommensunterschiede für die Kernschmelze an den Finanzmärkten mitverantwortlich. Statt in der Realwirtschaft suchte das wachsende Einkommen nach renditemaximierenden Veranlagungsmöglichkeiten in der Finanzindustrie. Zusammen mit der Deregulierung der Finanzmärkte, die unter anderem das Bündeln, Weiterverkaufen bzw. Handeln von Hypotheken oder Konsumkrediten einkommensschwacher Gruppen an den Kapitalmärkten ermöglichte, leistete die steigende Ungleichheit der Einkommen der Entstehung einer Finanzblase wesentlich Vorschub.

Entstehen konnte die Finanzblase aber wiederum nur durch die spekulativen Auswüchse an den Immobilienmärkten. Und dies deshalb, weil Haushalte mangels einer quantitativ bedeutsamen Alternative eines regulierten Mietwohnungssektors in den staatlich forcierten Wohnungseigentumssektor »gedrängt« wurden und es der Abbau regulatorischer Barrieren den sozial schwachen Haushalten ermöglichte, ihre stagnierenden Einkommen durch (wohnbau-)kreditfinanzierten Konsum zu kompensieren.

Nun ist also die Blase neoliberalen Wirtschaftens geplatzt: Welche Schlüsse lassen sich ziehen? Es braucht sozialen Ausgleich. Wie sozialer Ausgleich zu definieren ist, darüber herrschen gerade in der aktuellen politischen Debatte über die Budgeterstellung unterschiedliche Auffassungen. Zwei britische Sozialwissenschaftler haben dazu in ihrem aktuellen Buch eine überzeugende Antwort. »Gleichheit ist Glück.

Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind« heißt ihr programmatischer Titel. Kernaussage ihres Werkes ist: Unter den Ländern schneiden die ungleicheren bei fast jedem Indikator für die Lebensqualität wie etwa der Lebenserwartung, Säuglingssterblichkeit, Fettleibigkeit oder Drogensucht schlechter ab. Ausschlaggebend dabei ist aber nicht die Höhe des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens, sondern der Abstand zwischen den reichsten und den ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung. Zentrales Ziel der Politik müsse daher die Reduktion der Ungleichheit sein.

Zur Verwirklichung einer gerechteren Gesellschaft bieten sich mehrere Instrumente an. Neben dem direkten Eingriff über die Einkommens- und Steuerpolitik schlagen die beiden Autoren auch wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen vor. Zu letzteren können auch wohnungspolitische Eingriffe des Staates in Gestalt eines öffentlichen Wohnbaufinanzierungssystems und der Bereitstellung von Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten durch öffentlichen Wohnbau und/oder gemeinnützige Wohnbauträger gezählt werden. Gerade hier zeigt das Beispiel der USA, aber auch andere mit Immobilienkrisen konfrontierte Länder wie Großbritannien oder Spanien, zu welchen wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen es aufgrund wohnungspolitischer Fehlentwicklungen durch allzu starke Priorisierung der Wohnungsversorgung über den Eigentumssektor und der finanzmarktbasierter Wohnbaufinanzierung kommt. In den angesprochenen Ländern fehlt es an einem breiten, der Spekulation entzogenen, regulierten und geförderten Mietwohnungsangebot.

Österreich ist anders – noch: Der österreichische Wohnungsmarkt weist aufgrund der starken Marktpräsenz gemein-

nütziger Bauvereinigungen und des beachtlichen kommunalen Wohnungsbestandes ein ausgewogenes Wohnungsangebot auf. Der erst jüngst in einer Studie der Österreichischen Nationalbank bestätigte hohe Anteil sozial geförderter Mietwohnungen gewährleistet eine im internationalen Vergleich geringe Wohnkostenbelastung und dadurch ein vergleichsweise höheres Maß sozialer Ausgewogenheit im Wohnbau.


GARANT FÜR GÜNSTIGES WOHNEN

Der geförderte und gemeinnützige Mietwohnungsbau ist so besehen nicht nur ein bedeutender Stabilitätsfaktor, weil er aufgrund seines hohen Wohnungsbestandes spekulative Mietentwicklungen und die Bildung von Immobilienpreisblasen erschwert, insbesondere in Zeiten der Wirtschaftskrise fungiert er auch als Garant für sicheres und günstiges Wohnen vor allem für von den Folgen der Krise Betroffene. Diese Funktion könnte die gemeinnützige Wohnungswirtschaft künftig vermehrt übernehmen, wie Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister in seiner aktuellen Publikation vorschlägt. In »Mitten der großen Krise« rät Schulmeister zur Bekämpfung derselben zu einem »New Deal«. Im Lichte der steigenden Arbeitslosigkeit und atypischen Beschäftigung wird sich eine steigende Anzahl – vor allem jüngerer Menschen – Wohnraum zu Marktpreisen nicht mehr leisten können. »Ein spürbare Förderung des gemeinnützigen Wohnbaus«, heißt es bei Schulmeister, »würde die Wohnmöglichkeiten der Jungen verbessern.«

Und in der Tat: Umfragen unter Jugendlichen haben noch vor der Wirtschaftskrise zutage gefördert, dass die Schaffung von leistbaren Wohnungen ganz oben auf der Prioritätenliste steht.

Zur Aufrechterhaltung des bewährten Wohnbausystems und der Forcierung des gemeinnützigen Wohnbaus braucht es ein klares und allgemeines Bekenntnis der Politik zur Wohnbauförderung und einer leistungsstarken gemeinnützigen Wohnungswirtschaft. Im Lichte der Budgetkonsolidierung er-

scheint ein solches Bekenntnis für eine bedarfsgerechte Dotierung der Wohnbauförderungsmittel der Länder von besonderer Bedeutung. Dies vor allem deshalb, weil gerade in Zeiten der Haushaltssanierung die Begehrlichkeiten am Wohnbauförderungskuchen zunehmen und selbsternannte »Experten« mit rigorosen Kürzungsideen hausieren gehen.

Um auch in Hinkunft preisgünstige Mietwohnungen in ausreichender Anzahl errichten zu können und damit auch weiterhin einer sozial ausgewogenen Wohnraumversorgung gerecht werden zu können, ist daher ein entsprechendes Wohnbauförderungsvolumen unablässige Bedingung. Der Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen hat hierzu vorgeschlagen, die aushaftenden Darlehen und die Rückflüsse sowie die Einnahmen aus dem Wohnbauförderungsbeitrag zweckzubinden. Damit stünde den Ländern bereits die Hälfte der Förderungsausgaben des Jahres 2008 für den Wohnbau zur Verfügung, der auf die 2,8 Mrd. Euro verbleibende Rest wäre von den Ländern selbst aufzubringen. Die Gemeinnützigen stehen mit dieser Perspektive längst nicht mehr allein, auch aus der Gewerkschaft sowie der Bau- und Finanzwirtschaft sind zahlreiche Signale in die vorgeschlagene Richtung zu hören. Zu hoffen ist, dass diese auch an der entscheidungsgewaltigen Politik nicht vorbeigehen. 

KARL WURM

ist Obmann des Verbands gemeinnütziger Wohnbauträger.

Dieser Beitrag erscheint auch in »wohnen plus (3/2010)«, dem Fachmagazin der Gemeinnützigen Wohnbauträger, und wird mit freundlicher Genehmigung des Autors publiziert.

WORLD PRESS PHOTO 10

© Joe Petersburger (Ungarn), National Geographic Image Collection, 1. Preis Natur
Einzelphotos Ein Eisvogel fängt einen Fisch mit geschlossenem dritten Augenlid. Wenn der Eisvogel taucht, schützt dieses Augenlid das Auge vor Verletzungen und es ist lichtdurchlässig genug, um die Beute unter Wasser verfolgen zu können.



© Paul Nicklen (Kanada) National Geographic, 1. Preis Natur Fotoserien Südgeorgien, Antarktis, ist ein 160 km langer Bogen aus Bergen und Gletschern, halb von Schnee und Eis bedeckt und halb von Felsen und Tundra-Vegetation. Durch den hohen Krillanteil in den umliegenden Gewässern ist die Insel ein Zufluchtsort für Wildtiere. Diese kleinen Krustentiere mit hohem Proteingehalt bilden einen wichtigen Bestandteil der antarktischen Nahrungskette, aber ihre eigene Nahrungsquelle – Phytoplankton, das unter dem Seeis wächst – wird durch die Verringerung der Eisschicht reduziert. Ein Graumantel-Rußalbatros sieht in die Bucht von Gold Harbour hinunter. Erwachsene Vögel wechseln sich beim Brüten ab, so dass der Partner auf See Krill fressen kann. 1985 war diese Küste noch von einem Gletscher bedeckt, der sich seitdem landeinwärts zurückgezogen hat.



Die Marktwirtschaft vor dem Kapitalismus retten

Thomas Nowotny versucht in seinem Beitrag, strukturelle Ursachen für die Wirtschaftskrise zu verorten und Entwicklungswege zu skizzieren. Um die Krisenfolgen zu sanieren, plädiert er für eine langfristige Entwertung aufgeblähter Finanztitel durch eine maßvolle, gesteuerte Inflation. Die Verstaatlichung von Banken und deren Entflechtung von – weitgehend einzuschränkenden – Investmentgeschäften, soll das Finanzsystem stabilisieren. Und ein neues System der Leitwährung soll strukturelle Ungleichgewichte lösen. Passiere dies nicht, drohe sich die Krise der 1930er-Jahre zu wiederholen.

Spekulativer, unkontrollierter und unregelmäßiger Handel mit teils minderwertigen, teils hochkomplexen Finanzprodukten hat die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise ausgelöst. Um sie einzudämmen, versucht staatliche Politik in Europa und in den USA, die Finanzmärkte zu stabilisieren. Dafür werden von den USA und von den Staaten Europas gewaltige Summen bereitgestellt. Hinter diesem Aufwand steht die Überzeugung, dass eine fortdauernde Krise der Finanzwirtschaft die Wirtschaft noch weiter nach unten drückt und eine wirtschaftliche Erholung verhindert. So werden also durch eine solche Politik zuvorderst die Interessen des Finanzkapitals geschützt.

Man versucht vor allem zu verhindern, dass in größerem Ausmaß Finanzkapital entweder durch Inflation oder Konkurs vernichtet wird. Das geschieht durch Maßnahmen, welche den weitaus größten Teil der Bevölkerung stark belasten, indem der Staat bei diesen jene Kaufkraft abschöpft, die dann für die Sanierung des Finanzsystems verwendet wird.

Implizit akzeptiert staatliche Politik also die These von einer zentralen Bedeutung des Finanzkapitals. Finanzmärkte seien allen anderen Märkten vorgelagert. Erst wenn diese wieder in ihrer früheren Form funktionieren, könne auch die übrige Wirtschaft florieren.

Hinter dieser These steht die tradierte Lehrmeinung, der zufolge das Wachstum der Wirtschaft weitgehend durch das Zusammenwirken von zwei »Produktionsfaktoren« bestimmt wäre. Um Wirtschaftswachstum in Gang zu setzen und fort-

zuführen, müsse man dem »Produktionsfaktor Arbeit« lediglich den »Produktionsfaktor Kapital« hinzufügen. Während Arbeitskräfte zumeist im Überfluss vorhanden waren und vorhanden sind, wäre – so wird behauptet – Geldkapital rar. Sein Vorhandensein und Einsatz sei daher maßgeblich für Erfolg oder Misserfolg einer nationalen Wirtschaft.

Vor zweihundert Jahren, zu Beginn der Industrialisierung, war Kapital in der Tat noch recht rar. Das mag die Gründerväter der Nationalökonomie verleitet haben, den Beitrag zu überschätzen, den Kapital zur Wirtschaftsentwicklung leistet. Heute jedenfalls ist Finanzkapital nicht rar, sondern in Überschuss vorhanden.

Wie groß ist der tatsächliche Beitrag, den Finanzkapital zur Wirtschaftsentwicklung leistet? Wirtschaftswachstum bedeutet, dass in einem Land im Vergleich zu früher mehr Waren hergestellt und mehr Dienstleistungen erbracht werden. Diese Steigerung des volkswirtschaftlichen Volumens ist zum Teil auf den vermehrten Einsatz von Arbeit; und zum Teil auf den vermehrten Einsatz von Kapital zurückzuführen.

Aber der Beitrag, welchen diese beiden »klassischen Produktionsfaktoren« zum Wirtschaftswachstum leisten, ist nicht übermäßig groß. Das ergibt sich aus einer »ökonometrischen« Analyse der Gesamtheit von all dem, das Wirtschaftswachstum vorantreibt. Den klassischen Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital kann zusammen nicht mehr als 30 Prozent Wachstums zugeschrieben werden, wobei der Beitrag des Finanzkapitals der kleinere ist; also unter 15 Prozent liegt.

Weitaus bedeutsamer sind diesen ökonomischen Untersuchungen zufolge die Beiträge anderer »Faktoren« wie technischer Fortschritt, Verbesserungen in Verfahren und Organisation, Humankapital – etwa in Form höherer Bildung, Sozialkapital – etwa in Form gesellschaftlichen Zusammenhaltes und wirksamer gemeinsamer politischer und wirtschaftlicher Einrichtungen.

Ein einfacher Blick auf die unterschiedliche Entwicklung von Staaten bestätigt solche ökonomischen Berechnungen. In den allermeisten Fällen hat das plötzliche Hereinströmen von Geldkapital in armen Staaten nicht nachhaltigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufschwung gebracht. Massive Geldtransfers – sei es durch Einkommen aus Öl-Exporten oder durch Entwicklungshilfe – sind zumeist verpufft, wenn sie nicht überhaupt negative Folgen hatten.

Dennoch begründet die These der herausragenden Position des Finanzkapitals den Anspruch des Geldkapitals auf einen großen und wachsenden Anteil an den Produktionserlösen. Sie legitimiert die Verringerung der Lohneinkommen zu Gunsten der Einkommen aus Kapital und legitimiert dadurch die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich.

WENIG WACHSTUM FÜR VIEL RENDITE

In den schon wohlhabenden Staaten kann das Wachstum im langjährigen Durchschnitt nie über dem Satz von zwei Prozent liegen. Dementsprechend sollten das Entgelt für langfristig bereit gestelltes Finanzkapital – nach Abzug der Inflationsrate – nicht über zwei Prozent liegen. Die durchschnittlichen Zinsen auf Anleihen und die Renditen von Aktien sollten diese Grenze nicht überschreiten. In den vergangenen Jahrzehnten lagen sie jedoch meist über dieser Grenze.

Das war deshalb möglich, weil sich die erhofften Erträge aus Finanzkapital nicht aus dessen Beitrag zur tatsächlichen Produktion errechnen. Sie beruhen vielmehr auf Erwartungen darüber, welchen Erlös man bei einem Wiederverkauf

von Aktien, Anleihen und anderen Finanzinstrumenten lukrieren könnte.

BILDUNG VON BLASEN

In der Folge vergrößert sich das Volumen des Finanzkapitals stärker als das Volumen der Wirtschaft. McKinsey (2008) hat errechnet, dass sich das globale Anlagevermögen von 94 Billionen US-Dollar im Jahre 2000 auf 196 Billionen Dollar im Jahre 2007 erhöht hatte. Es überstieg damit im Jahr 2007 das Weltsozialprodukt um das 3,6fache. Das Weltsozialprodukt selbst hatte sich in der selben Zeitspanne – nominell – nur um etwa 70 Prozent vermehrt.

Das rasch expandierende Volumen des Finanzkapitals fand also keine Entsprechung in der realen Wirtschaft. Es expandierte in die sich verselbständigende Sphäre einander gegenseitig hochschaukelnder Erwartungen über Gewinne in einer Höhe, wie sie in der realen Wirtschaft nicht erzielbar sind. Referenzrahmen ist nicht irgend ein inhärenter Wert (= »fundamentals«) von Aktien, Grundstücken, Rohstoffen oder Währungen, sondern die erwartete Preissteigerung, die sich daraus ergibt, dass die Teilnehmer an dieser Hausse von der Unausbleiblichkeit solcher weiterer Preissteigerungen überzeugt sind. Wenn alle erwarten, dass die Preise steigen, dann steigen sie und es macht keinen Unterschied ob die betreffende Währung nun wirklich härter; ob das die Aktie ausschüttende Unternehmen wirklich solider; oder ob der betreffende Rohstoff wirklich rarer wurde.

Ebenso fiktiv wie die These von der »Richtigkeit« von Preisen ist die These von der positiv steuernden Funktion von Aktienbesitz. Dieser These zufolge wären die Inhaber von Aktien die »Prinzipale«. Ihr Interesse gälte dem langfristigen Gedeihen des Unternehmens dessen Aktien sie besitzen. Die Manager solcher Unternehmen seien ihre »Agenten«, die als solche betrachtet und belohnt werden sollten. Steigende Aktienkurse würden den Erfolg signalisieren, den Manager in der Wahrnehmung ihrer Treuhandfunktion für die »Prinzipale«

erzielen; und die »Prinzipale« sollten das durch großzügige Entlohnung der Manager und vor allem dadurch honorieren, dass diese durch Aktienoptionen an ihren Gewinnen teilhaben lassen. Nun sind die »Prinzipale« in Wirklichkeit aber keine am langfristigen Gedeihen einer Firma interessierten Quasi-Unternehmer. Es sind überwiegend Spekulanten. Aktien werden in den USA im Schnitt nicht länger als ein Jahr gehalten. Aktienbesitzer setzen demnach auf kurzfristige Kurssteigerung um durch den baldigen Verkauf der Aktien Gewinne zu machen. Es berührt sie nicht weiter, wenn das, wie oft der Fall, zu Lasten der betreffenden Unternehmen geht. Die De-Industrialisierung der USA, symbolisiert durch den Niedergang der US-Automobilindustrie, ist Ausdruck dieser gefährlichen Dynamik durch welche Unternehmen zu Gunsten von Aktienspekulanten finanziell ausgehungert und ausgehöhlt werden.

URSACHEN DER BLASENBILDUNG

Die für Spekulation und für die Schaffung von Finanzblasen (= *asset bubbles*) zur Verfügung stehenden Summen sind gewaltig. Woher kommen sie? Zum Teil werden sie quasi aus dem Nichts heraus gezeugt, ohne dass damit kurzfristig jemanden etwas weggenommen würde. Banken können nämlich Kredite gewähren, die durch Spareinlagen und Eigenkapital nicht voll gedeckt sind. Sie transformieren damit also nicht bloß verschiedene Formen von Geld und Kapital. Sie schaffen Finanzkapital, welches es vorher nicht gegeben hat.

Zum anderen Teil wächst das Volumen von Finanzkapital dadurch, dass der übrigen Wirtschaft Kaufkraft entzogen wird. Das kann auf mehrfache Weise erfolgen. Etwa auf die schon von Karl Marx beschriebene, indem die Kapitaleinkommen zu Lasten der Lohnabhängigen steigen – so wie das in den letzten Jahrzehnten in allen reichen Industriestaaten der Fall war. Oder das Kapital kann von Staaten kommen, welche mehr produzieren als sie konsumieren und investieren; und die dadurch mächtige Leistungsbilanzüberschüsse schaffen und die das damit ersparte Geld irgendwo anlegen müssen.

Das trifft etwa auf Deutschland und Japan zu – und vor allem auf die Volksrepublik China. Das Kapital kann auch durch die Produktion und den Export von Erdöl entstehen, wenn die daraus erfließenden Einkünfte in dem betreffenden Land selbst nicht investiert oder konsumiert werden können.

Schließlich wächst das Volumen von Finanzkapital auch einfach durch seine hohe und die Wachstumsrate der Weltwirtschaft übersteigende Verzinsung. Während andere »Produktionsfaktoren« wie Arbeitskräfte oder technischer Fortschritt sich nur linear mehren, sorgen die Zinsen und Zinseszinsen für einen exponentiellen Zuwachs von Finanzkapital. Im Vergleich zu anderen »Produktionsfaktoren« wird es immer reichlicher verfügbar.

RENDITEMÖGLICHKEITEN FÜR FINANZKAPITAL

Diese große Masse an frei herumschwirrendem Kapital sucht nun nach lukrativen Anlagemöglichkeiten. Zum Teil fließt es dabei weiterhin in Investitionen in die reale Wirtschaft. Zu Teil finanziert es aber einfach einen Konsum, der durch reguläre Einkommen nicht gedeckt wäre. Eine der »Schienen«, über welche diese Umleitung erfolgt, ist die Privatisierung von staatlichen/gemeinwirtschaftlichen Unternehmen und selbst von solchen, bei denen die Ablöse des Staates durch Aktionäre keine sichtbaren Vorteile und oft Nachteile schafft – etwa bei Versorgungsunternehmen mit Monopolcharakter wie Wasser- und Elektrizitätswerken, bei Bahn und Straße, bei der Post, etc. Die Erlöse aus der Privatisierung erlauben dem Staat, seinen Konsum, seine Leistungen auszuweiten. Anders als Investitionen in der übrigen Wirtschaft haben solche Privatisierungen aber keine Ausweitung der Produktionskapazität zur Folge. Durch die Privatisierung staatlicher Unternehmen entsteht also neues Finanzkapital, dem keine Vermehrung des realen, in der Wirtschaft tatsächlich investierten Kapitals entspricht.

Im Vorlauf zur jetzigen Weltwirtschaftskrise ist jedoch ein guter Teil des frei verfügbaren Finanzkapitals in sich selbst auf-

blähende, spekulative Blasen geflossen. Es floss in Realitäten und Hypotheken, in Aktien, in den US-Dollar und in die mit ihm verknüpften US-Staatsanleihen, in die Spekulation mit Rohstoffen und Nahrungsmittel; und nicht zuletzt in hochriskante schwer zu bewertende neuartige Finanzinstrumente – die sogenannten »Derivative«, deren Wert sich theoretisch von einem dahinter liegenden Geschäft ableiten sollte, die aber dennoch auch unabhängig von diesem darunter liegenden Geschäft angeboten und gekauft wurden.

Platzt die Blase, wirkt das auf die gesamte Wirtschaft: Bürger verlieren, was sie in pleitegehenden Banken angespart haben (es sei denn es ist durch den Staat gesichert). Eine Quelle von Krediten versiegt. Panik breitet sich aus. Die übrigen Banken schalten auf extreme Vorsicht sowohl bei der Kreditvergabe an Unternehmen, wie auch in der Bereitstellung von Geld für andere Banken. Der Geldumlauf schrumpft. Es kommt zur Deflation, welche – wie das japanische Beispiel zeigt – lange vorhalten und die Wirtschaft auf lange Zeit lange niederdrücken kann. Die Einnahmen des Staates sind rückläufig. Die Arbeitslosigkeit steigt. Perspektive- und Hoffungslosigkeit bestimmen das geistige Klima. Die sozialen und wirtschaftlichen Gegensätze verschärfen sich. Das politische System kommt unter Druck.

PRIVATISIERUNG UND VERGESELLSCHAFTUNG

Angesichts dieser Gefahren werden Staaten einspringen, noch bevor es so weit kommt. Sie werden – auf die eine oder andere Weise – den Banken jene Papiere abnehmen, welche auf den abgehobenen Finanzmärkten geboren wurden und die keine wirklichen Werte reflektieren. Und Staaten werden diese wertlos gewordenen Papiere – wieder auf die eine oder andere Weise – in ihre eigenen Schuldscheine umtauschen. Diese Papiere aus der Scheinwelt der Finanzmärkte werden damit in Verbindlichkeiten umgetauscht, für welche Staaten gerade stehen und denen diese Staaten kraft ihrer Einkünfte aus Steuern auch tatsächlich gerecht werden müssen. Aus Nichts wird auf diese Weise etwas Wirkliches. Aus dem fiktiven, nebulosen

und zumeist nicht wirklich existierenden Werten der auf den Finanzmärkten gehandelten und hochgestemmen Papiere werden auf diese Weise handfeste, durch Steuerzahler garantierte Verpflichtungen von Staaten.

Die Obergrenze für mögliche Steuereinkünfte begrenzt auch den Spielraum für diese neuerliche Umverteilung durch den Staat. Die übrige Umverteilung erfolgt durch einen zweiten Mechanismus – nämlich durch den Zwang trotz schrumpfender Wirtschaft international konkurrenzfähig zu bleiben. Das verlangt nach einer Senkung der Lohnstückkosten und damit eine weitere Minderung der Einkommen aus Lohnarbeit. Die dadurch bewirkte Absenkung der Massenkaufkraft bringt eine weitere Verschärfung der Krise.

Wie immer betrachtet, so resultiert die bisherige Taktik in der Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise in einer Stagnation, wenn nicht sogar in einem Schrumpfen der Wirtschaft Europas. Andere Teile der Welt sind davon wenig oder gar nicht betroffen. China, Indien, Brasilien wachsen weiter und zwar sehr schnell. Rascher als je zuvor verschiebt sich in der Welt das politische Gewicht der einzelnen Regionen. Rascher als je für möglich gehalten vermindert sich das Gewicht des »Westens«. Aus all diesen Gründen stellt sich die Frage nach einer Alternative in der Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise.

WIE SCHÜTZEN?

In der Bewältigung dieser und möglicher künftiger Bankenrisiken sollte man von dem Grundsatz ausgehen, dass aus einer Null nicht wieder gewaltsam und auf Kosten der Allgemeinheit etwas Substantielles gemacht werden darf. Die fiktiven Werte der auf den Finanzmärkten kreierten Produkte wären demnach auf ihren wahren jetzigen Wert, und in vielen Fällen eben auf diese Null abzuschreiben. Die daraus entstehenden Lasten wären von jenen zu tragen, die vorher die Aufblähung der Finanzblasen betrieben und von dieser Aufblähung profitiert hatten. Es macht weder wirtschaftlichen noch politischen Sinn, diese Lasten dem Steuerzahler aufzuerlegen.

Eine mittelschwere, kontrollierte Inflation im Ausmaß von 5 % bis 7 % Prozent pro Jahr böte die beste Handhabe, um diese fiktiven Werte nicht ruckartig, sondern gleitend auf ihr wahres Maß herunterzudrücken. Durch eine Inflation wird reines Geld- und Finanzvermögen abgewertet, während das reale, in Unternehmen investierte Vermögen seinen Wert beibehält. Durch eine solche Minderung des Geldvermögens würde auch – zumindest zum Teil – eine Umverteilung rückgängig gemacht, welche in den vergangenen Jahrzehnten die Einkommen aus Finanzvermögen zu Lasten der Lohneinkommen hatte anschwellen lassen.

Zum anderen würde eine solche, mittelschwere und kontrollierte Inflation gefährliche deflationäre Tendenzen der Wirtschaftskrise überkompensieren. Sie würde ein Klima schaffen, in dem eine wirtschaftliche Vorwärtsstrategie möglich wird; ein Klima, in dem in die reale Wirtschaft und nicht in spekulative Blasen investiert wird.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist freilich nicht ausschließlich durch das Fehlverhalten der Finanzmärkte bedingt. Sie hat Wurzel auch in der realen Wirtschaft und Wurzel vor allem in den strukturellen wirtschaftlichen Schwächen einiger westlicher Staaten – vor allem der USA. Das ist in einer Krisenabwehr-Strategie zu beachten. Denn solche strukturellen Schwächen können nicht durch eine Spar- und Schrumpfungprozess beseitigt werden, sondern nur durch wirtschaftliches Wachstum. In einem von Deflation bestimmten wirtschaftlichen Umfeld ist solches Wachstum nicht möglich.

Die Scheinwerte von Finanzprodukten sollten aber nicht bloß durch Inflation allmählich schrumpfen. In vielen Fällen müssten sie ausdrücklich und rascher vernichtet werden. Das müsste jedoch auf eine Weise geschehen, ohne das damit dem gesamten Bankensystem der Boden unter den Füßen weggezogen wird. Wie ließe sich das bewerkstelligen? Das Problem kann nur durch eine revolutionäre Neugestaltung des Bankensystems gelöst werden. Ziel wäre es, das Bankensystem wieder

auf das zurückzuführen, was es einmal gewesen ist. Man sollte zu einer Vergangenheit zurückfinden, in welcher das Bankensystem noch nicht von den Finanzmärkten und Investmentbanken beherrscht war.

Die spekulativen Finanzmärkte wären vom übrigen Bankensystem wasserdicht abzuschotten. Die auf den spekulativen Finanzmärkten entstandenen und künftig entstehenden Verluste wären ohne Intervention des Staates zu verkraften: der Kauf von Unternehmensanleihen, von Aktien, Derivativen, etc., würde stets auf eigenes Risiko erfolgen. Den auf diesem Markt Tätigen sollte bewusst sein, dass etwaige Verluste nicht weiter vom Staat abgedeckt werden.

Das übrige Finanzsystem, die Geschäftsbanken, die Sparkassen, die lokalen und lokal-genossenschaftlichen Banken, aber auch die Versicherungen hingegen sollten sehr wohl unter dem Schutz und unter der peniblen Kontrolle des Staates agieren. Die Geschäfte in diesem Bereich sind irgendwie trivial. Die meisten Parameter, die Kosten und Risiken der herkömmlichen, traditionellen Transaktionen in diesem Bereich sind seit langem bekannt und/oder kalkulierbar. Vieles kann routinisiert oder automatisiert werden. Der gesamte, zurzeit überdimensionierte Sektor sollte schrumpfen und sich als Anbieter von einfachen Dienstleistungen restrukturieren. Einige Bereich des Bankwesens – wie etwa die Postsparkassen und Postbanken – könnten überhaupt wieder verstaatlicht werden und damit die Funktion als eine Art von Versorgungsunternehmen mit standardisierten, einfachen Dienstleistungen übernehmen.

Die Refinanzierung dieses Sektors der einfachen, traditionellen Finanzgeschäfte könnte durch die Staaten – oder besser durch die Notenbanken (die EZB) – erfolgen. Staaten bzw. Notenbanken könnten auch gegen entsprechende und kalkulierbare Prämien den Banken Garantien für die von diesem gewährten Kredite anbieten und damit die undurchsichtigen und destabilisierende »credit default swaps« ersetzen.

Auch traditionelle und traditionell agierenden Banken können weiter unter Druck kommen und nicht nur kurzfristige Liquidität benötigen, sondern auch Nachschub an Eigenkapital. Gerade aber in einer Atmosphäre wachsender Zweifel an der Bonität von Banken mag dieser Nachschub an Kapital ausbleiben. Angebotene Bank-Aktien mögen keine Käufer finden. In einem solchem Fall sollte der Staat direkt einspringen und diese Kapital beibringen. Er sollte nicht davor zurückscheuen, Banken teilweise oder ganz zu verstaatlichen. Immerhin waren in einer Zeit des raschen europäischen Wirtschaftsaufschwunges in den 50er und 60er Jahren eine ganze Reihe von großen Banken auch in staatlichem Besitz ohne dass dies der Wirtschaft zum Nachteil gewesen wäre.

STRUKTURPROBLEME DER WELTWIRTSCHAFT

Die Weltwirtschaftskrise ist hauptsächlich durch das Fehlverhalten der globalen Finanzmärkte verursacht. Zu ihr haben daneben aber auch strukturelle Probleme und Ungleichgewichte in der realen Wirtschaft beigetragen. Symptomatisch zeigt sich das an der jüngsten Spekulation gegen den Euro. Finanzjongleure in den USA, der größten Schuldernation der Welt, nützen die Ersparnisse der übrigen Welt, um mit ihnen gegen den Euro-Raum und seine Währung zu spekulieren, obwohl die Leistungsbilanz des Euro-Raumes, anders als die Leistungsbilanz der USA, ausgeglichen ist. Diese Finanzjongleure können das deshalb tun, weil der US-Dollar weiterhin die wichtigste Leit- und Reservewährung ist und sich die USA deshalb erlauben können, auf Kosten anderer nicht nur zu konsumieren, sondern auch zu spekulieren. Hätten sie ähnlich große Leistungs- und Budgetdefizite wie die USA, wären Staaten in einer weniger privilegierten Position zu einem scharfen Sparkurs bzw. zu einer Abwertung ihrer Währung gezwungen. Das riesige Leistungsbilanzdefizit der USA ist also eine der Ursachen der gegenwärtigen Erschütterung des Weltwirtschaft.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war die Vorherrschaft der USA noch unangefochten. Wirtschaftlich und

auch politisch sind inzwischen auch andere Staaten einflussreich geworden. Das Weltwährungssystem hat sich diesen Veränderungen noch nicht angepasst und ist dadurch gefährdet; unter anderem, und wie erwähnt, durch das mögliche Platzen einer »Dollar-Blase«. Kein einzelner Staat wird die Welt künftig in einer Weise dominieren wie sie einst von den Vereinigten Staaten dominiert wurde.

Deshalb muss das Weltwährungssystem diese neue Vielfalt spiegeln. Leit- und Reservewährung kann künftig nicht länger die Währung eines einzelnen Staates sein, sondern nur eine Mischung aus den Währungen all jener Staaten, die maßgeblich am Welthandel teilhaben. Der Internationale Währungsfond müsste quasi als »Notenbank« für diese hybride Reservewährung fungieren. Ansätze dazu wurde ja bereits durch die SDR – *Special Drawing Rights* – geschaffen.

Die Weltwirtschaft wird auch durch die dramatische Volatilität in den Preisen wichtiger Rohstoffe erschüttert; und vor allem durch die Schwankungen des relevantesten dieser Preise – des Preises für Erdöl. Veränderungen in diesem Preis sind natürlich auch durch Veränderungen in der realen Wirtschaft begründet – durch konjunkturbedingte Schwankungen der Nachfrage oder durch einen steigenden Weltverbrauch, mit dem die Erschließung neuer Lager nicht Schritt halten kann. Aber diese Marktbedingungen können nicht erklären weshalb der Preis für ein Fass Rohöl im Zeitraum von nur einem Jahr zwischen 50 Dollar und 150 Dollar pendelt.

Diese extremen Schwankungen werden durch Spekulation ausgelöst. Sie erschweren eine langfristig angelegte, weltweite Energiepolitik mit der Energiesparen gefördert und die Erschließung alternativer Energiequellen vorangetrieben werden soll. Erdölproduzenten und Erdölkonsumenten haben ein gemeinsames Interesse an einer größeren Stabilität und Vorhersehbarkeit der Preise. Sie sollten sich auf einen Preisgestaltung einigen, die gleitend und innerhalb nicht allzu breiter Preisbänder erfolgt.

EINE REVOLUTION ZUR RETTUNG

Sind solche tiefgreifenden Reformen zurzeit durchsetzbar? Natürlich nicht! Sie haben keine politische Basis. Im Gegenteil: Das Finanzkapital trumpft erneut mit seiner Veto-Macht gegenüber radikalen Veränderungen auf.

Die durch die Wirtschaftskrise entfesselten Gegenkräfte reichen offenbar nicht aus, um das Finanzsystem so umzuformen, dass es der Wirtschaft nützt statt ihr weiterhin so zu schaden, wie es das während der letzten drei Jahrzehnte getan hat. Es bedient seine eigenen Interessen statt die Wirtschaft zu bedienen. Es entzieht Kaufkraft, die für Massenkonsum und Investitionen genutzt werden könnte. Es verzerrt durch seine überzogenen Versprechen und Ansprüche wirtschaftliche Anreize. Es erzeugt destabilisierende Schwankungen, welche hohe reale Kosten verursachen. Es wertet all das ab, das so wie Wissen, Bildung, Forschung, Infrastruktur, Einkommensgerechtigkeit, zum Wirtschaftswachstum weit mehr beiträgt als bloßes Finanzkapital.

Besonders erbittert – und in der Vergangenheit erfolgreich – war auch der Kampf des Finanzkapitals gegen den Staat. Zwar ist unbestreitbar, dass gut funktionierende staatliche Einrichtungen für Wirtschaftswachstum unerlässlich sind, aber Wirtschaftswachstum ist eben nicht das hauptsächliche Ziel des Finanzkapitals. Es agiert mit einer kurzfristigeren Perspektive und strebt danach, den eigenen Anteil am Kuchen zu Lasten der anderen Teilnehmer in der Wirtschaft zu maximieren. Das Finanzkapital bekämpft den Staat aber vor allem deswegen, weil einzig und alleine staatliche Politik im Stande wäre, die Dinge wieder in ein besseres Lot zu bringen.

Wie man nun sehen muss, gelingt es dem Finanzkapital erneut, seine absoluten Herrschaftsansprüche durchzusetzen. Erneut wird akzeptiert, dass ein Wirtschaftswachstum nur durch einen noch weiteren Zurückdrängung des Staates und durch eine weitere Dämpfung des Massenkonsums zu erreichen wäre. Ähnliches wurde schon einmal der Bevölkerung

und der Politik vorgegaukelt als man in den Dreißigerjahren des vorigen Jahrhunderts einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise suchte und durch die Sirenenklänge des Finanzkapitals verleitet, diese Krise statt dessen verlängerte und vertiefte.

So wie zur jetzigen Krise, hatten auch zur Wirtschaftskrise der 1930er Jahre strukturelle weltwirtschaftliche Ungleichgewichte beigetragen. Schuldnerstaaten wie Österreich und Deutschland hielten an der Option einer »harten Währung« fest. Das hat zwar das Kapital geschützt, welches in den Wertpapieren dieser Staaten investiert war, weil das Finanzkapital natürlich keine Interesse daran hatte, dass in Schuldnerstaaten investiertes Geld durch Inflation oder Abwertung verringert wird. Diese Veto-Macht des Finanzkapitals hatte aber schon damals den Ausweg aus der Krise versperrt.

Wir sind dabei, all diese Fehler zu wiederholen. Ob wohl auch die politischen Folgen die ähnlichen sein werden? Fürsprecher des Finanzkapitals haben uns in den vergangenen Jahrzehnten erfolgreich suggeriert, dass man um der allgemeinen Wohlfahrt willen, den Einfluss des Staates zurückdrängen müsse. Heute müsste der Staat, der allgemeinen Wohlfahrt willen, den Einfluss des Finanzkapitals zurückdrängen. 🍷

THOMAS NOWOTNY

ist Dozent für Politikwissenschaften
und war Sekretär Bruno Kreisky.

WORLD PRESS PHOTO 10

© Kitra Cahana (Kanada) für Colors Magazin, 1. Preis Kunst und Kultur Fotoserien
Das »Rainbow Gathering« ist ein Festival, das jedes Jahr am freien Wochenende des Unabhängigkeitstags (4. Juli) in einem anderen amerikanischen Nationalpark veranstaltet wird. Das Festival wird seit 1972 von einer lockeren Gruppe von Menschen veranstaltet, die sich »Rainbow Family of Living Light« oder »Rainbow Tribe« nennt. 2009 wurde das »Rainbow Gathering« im Santa Fe Nationalpark in Neu Mexiko veranstaltet. Die Teilnehmer feiern unter anderem ihre Verbundenheit mit der Erde und beten für den Weltfrieden. Es kommen auch Hunderte alternative Jugendliche, die auf Reisen oder von zuhause weggelaufen sind und den Spitznamen »The Dirty Kids« tragen.



»Gehn's einreichen...«

Wenn Arbeitslose aufgrund von Alter oder Qualifikation nur noch als schwer vermittelbar gelten, bekommen sie vom Arbeitsmarktservice oft einen Rat: »Gehn's einreichen«. Aus Sicht der Autoren bewirke das eine Flut von rechtlich aussichtslosen Klagen auf Invaliditätspension. Weil das personelle und finanzielle Ressourcen im Justizbereich vergeude, steht für die Autoren sogar die soziale Errungenschaft des (für die Versicherten) kostenlosen Sozialrechtsprozesses auf dem Prüfstand.

Das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz (ASGG) wurde am 7. 3. 1985 im Parlament beschlossen. Es trat am 1. 1. 1987 in Kraft. Im Bereich zivilrechtlicher Angelegenheiten regelte es im Wesentlichen gerichtliche Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie zwischen Versicherten und gesetzlichen Sozialversicherungsträgern. Es entstanden die Begriffe »Arbeitsrechtsprozess« und »Sozialrechtsprozess«. Gegenstand des Letzteren bildeten die Ansprüche auf gesetzliche Sozialleistungen wie Invaliditäts-, Berufs- und Erwerbsunfähigkeitspensionen, Alterspensionen, Versehrtenrenten nach Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten, Pflegegeld, Heilbehandlung und viele andere.

Ein besonderes, seinerzeit als »bahnbrechend« bezeichnetes, Element des Sozialrechtsprozesses ist das fehlende Kostenrisiko für die Versicherten. Nach § 77 ASGG hat nämlich der Versicherungsträger ohne Rücksicht auf den Verfahrensausgang alle Kosten selbst zu tragen. Das bedeutet, dass Versicherte, auch wenn sie im Prozess zur Gänze unterliegen, mit keinen Kosten belastet sind.¹ Im Gegenteil: Es sind – sogar bei Anreisen aus dem Ausland und selbst aus anderen Kontinenten – die Aufwendung für Fahrten zu medizinischen Untersuchungen, zum Gericht und allenfalls notwendige Übernachtungen samt Verpflegung zu ersetzen.

Der Gesetzgeber war vom Gedanken beseelt, dass die oft mittellosen Versicherten nicht mit einem Kostenrisiko belastet werden dürfen, das möglicherweise eine Prozessführung verhindert. Die damals zweifellos gut gemeinte Regelung ließ jedoch völlig außer Acht, wie sehr derartige Bestimmungen

zum Missbrauch animieren. Heute ist es gängige Praxis, mehr oder weniger in Jahresabständen Anträge auf Pensionsleistungen zu stellen und nach ablehnenden Bescheiden Klage zu erheben. Die Motive dazu sind vielfältig. Sie reichen von tatsächlichen oder vermeintlichen gesundheitlichen Belastungen (selten) über die Erwirkung einer bezahlten Reise nach Österreich bei nicht im Inland wohnenden Versicherten (recht häufig) bis hin zu aberwitzigen Praktiken im Bereich des Arbeitsmarktservices (AMS), gesunde, am Arbeitsmarkt aber wegen fehlender Arbeitsplätze nicht mehr vermittelbare Arbeitslose zum »Einreichen« d. h. zum Erheben einer Klage zu animieren (die Regel). Immerhin ist dem Versicherten dann bis zur Beendigung des Gerichtsverfahrens der Bezug eines Pensionsvorschusses sicher. Am AMS aber wandert der Akt in die Registratur – bei einiger Geschicklichkeit des Versicherten wenigstens für ein Jahr.

BEGINNT VON NEUEM

In der Klage werden dann Beschwerden angegeben, die – weil ja Richter keine Mediziner sind – einer fachärztlichen Begutachtung durch Sachverständige bedürfen. In den meisten Verfahren müssen mindestens drei Gutachten eingeholt werden, nämlich aus den Gebieten der Internen Medizin, der Orthopädie und der Neurologie, oft werden auch weitere Fachgebiete befasst. Am Schluss beurteilt ein berufskundlicher Sachverständiger, in welchem Ausmaß die Arbeitskraft des oder der Versicherten am Arbeitsmarkt noch verwertbar ist. Droht nach dem Vorliegen sämtlicher Gutachten der Prozessverlust, wird die Klage zurückgezogen und – flugs – der nächste Antrag beim Versicherungsträger gestellt. Nach dessen Bescheid begibt sich der Versicherte zum AMS-Berater. Und der erklärt ihm: »Gehn's

1 Eine Ausnahme wäre nur dann gegeben, wenn Kosten durch Mutwillen, Verschleppung oder Irreführung durch den Versicherten verursacht worden sind. Aufgrund der rigiden Rechtsprechung der Oberlandesgerichte kommen solche Beschlüsse in der Praxis nicht vor. Ob diese Rechtsprechung rechtsdogmatisch richtig ist, kann an dieser Stelle nicht erörtert werden.

2 Bei Verrechnung des Sachverständigen nach der sogenannten Pauschale

3 Internistische Gutachten nach Gebührenanspruchsgesetz mit umfangreicher apparativer Diagnostik; Chirurgisch/orthopädische Gutachten mit umfangreicher bildgebender Diagnostik

einreichen«. Das Karussell beginnt von Neuem ... Die Kosten der einzelnen medizinischen Gutachten bewegen sich von rund € 220,-² bis ca. € 1.400,-³. Hinzu kommen in der Regel die Aufwendungen für ein berufskundliches Gutachten und in rund der Hälfte der Fälle bedarf es eines Dolmetschers, der bei Migranten aufgrund verfahrensrechtlicher Besonderheiten des Sozialgerichtsprozesses schon den medizinischen Untersuchungen beigezogen werden muss. Verfahrenskosten von unter € 1.000,- kommen in Prozessen wegen verminderter Arbeitsfähigkeit zwar vor, bilden aber die Ausnahme. Im Schnitt liegen sie deutlich darüber.

Der den Sozialversicherungsträgern erwachsende Aufwand beläuft sich im Jahr 2010 auf € 41.000.000,-. In dieser Höhe sind die der Justiz entstandenen Kosten vom Hauptverband der Sozialversicherungsträger jedenfalls zu ersetzen. Österreichweit sind 67 richterliche Vollzeitkräfte⁴ mit Sozialrechtsangelegenheiten befasst. Die Hauptlast liegt in Verfahren auf Gewährung von Invaliditätspensionen.

NOTWENDIGE SOZIALE PROZESSE

Um Missverständnisse zu vermeiden: Die Notwendigkeit des Sozialrechtsprozesses steht prinzipiell außer Frage. Die heute allgegenwärtig gewordene Praxis, sinnlose, jedoch enorm kosten- und personalintensive Verfahren um Invaliditätspensionen zu führen, bedarf jedoch der dringenden Korrektur durch den Gesetzgeber. Die Möglichkeiten dazu sind ebenso vielfältig wie einfach. Sie reichen von der Ausweitung der Sperrfrist⁵ auf Klagezurückziehungen, deren Ausdehnung auf zwei oder mehrere Jahre über die Einführung eines individuellen Kostenbeitrags oder einer Pauschale, bis hin zu einer Kombination dieser Möglichkeiten.


Der Justiz wird Ineffizienz im Bereich der Wirtschaftskriminalität vorgeworfen. Aus der Sicht Außenstehender zu Recht, weil die Schlagkraft bei der Verfolgung krimineller Strukturen im Staats- und Wirtschaftsleben zu wünschen übrig lässt. Für Richter und Staatsanwälte ist die Kritik allerdings glatte Verhöhnung. Jahrelang kaputtgespart und personell aus-

4 Auskunft des BMfJ vom 26. 8. 2010

5 Sperrfrist bedeutet, dass der Versicherte keinen neuen Antrag beim Pensionsversicherungsträger stellen darf, wenn er nicht eine wesentliche Verschlechterung seines Gesundheitszustandes bescheinigt. Die Sperrfrist dauert nach derzeitiger Rechtslage ein Jahr ab Rechtskraft eines Urteils. Wird die Klage aber zurückgezogen bevor das Urteil ergeht, gibt es keine Sperrfrist und es kann am nächsten Tag ein neuer Antrag eingebracht werden.

gehungert, soll nun in Windeseile auf höchster qualitativer Ebene eine Behördenstruktur funktionieren, die aus vorgeblichen Sparzwängen gewaltsam »zurückgestutzt« wurde.

An dieser Stelle wird ganz bewusst nicht die Frage nach den grandiosen Köpfen in der Politik gestellt, die in demütiger Ergebnislosigkeit vor neoliberalen Forderungen bisher jeden Ruf nach »Einsparung« postwendend im Bereich staatlicher Vollziehung umgesetzt haben – und immer noch umsetzen. Es soll nur gesagt sein, dass justizintern Ressourcen in Millionenhöhe vergeudet werden.

Aber Achtung: Gelänge eine Verminderung des Anfalls von Sozialrechtsprozessen um 20 %, wäre damit nur die Nähe einer 100% -Auslastung erreicht. Die tatsächliche Auslastung liegt nämlich derzeit deutlich jenseits von 120%. 

MARTIN AELGAR

ist Jurist in Wien.

LEOPOLD DERCSALY

ist Politikwissenschaftler in Wien.

WORLD PRESS PHOTO 10

© Robert Gauthier (USA), Los Angeles Times, 1. Preis Sports Feature Einzelfotos Fans der Yankees versuchen am 25. Oktober im Yankee-Stadion einen linken Außenfeldspieler der Angels abzulenken. An diesem Tag gewannen die Yankees, die an die Spitze ihrer Liga und in die World Series kamen. Die Yankees gewannen auch die World Series, es war ihr 27. Titel.





Ethik im Journalismus 2.0: Sind Blogger und Youtuber auch Journalisten?

Medienexperten diskutierten am diesjährigen Weltkongress des Pressefreiheitinstituts IPI in Wien über die Bedeutung von Ethik in alten und neuen Medien. Nicole Friesenbichler und Andreas Hackl wagen anhand dieser Debatten eine Standortbestimmung.

Einfach ausgedrückt, so sagt Damien Tambini vom Institut für Kommunikation und Medien der London School of Economics, stünden sich heute zwei Arten von Journalismus gegenüber: Alt und Neu. Auf der einen Seite wären professionelle Journalisten, in deren Augen Blogger und sogenannte »Citizen-Journalists« ethischen Grundsätzen widersprechen. Diese neue Online-Generation wiederum sei der Meinung, dass neue Medien ihre eigene, unabhängige Ethik entwickelt hätten. Beide Sichtweisen, so Tambini, seien falsch. Um zu verstehen was Ethik im Journalismus 2.0 bedeute, müsse man weiter denken.

Erstens müsse man verstehen, warum Journalisten ethisch handeln. Das kann deswegen sein, weil sie ein starkes Bewusstsein für ihren Beruf haben. Dann wäre da noch der Zwang. Also die rechtliche Notwendigkeit ethisch zu handeln. So eine Art ethischer Standard, an den man sich zu halten hat. »Die ethischen Grundsätze von Journalisten sind üblicherweise höher als die der staatlichen Regulierung«, meint Tambini. Nur wie funktioniert das?

Damit die Selbstregulierung von Journalisten in der Einhaltung ethischer Standards funktioniert, müsse es ein kollektives Interesse daran geben. Solange also die Nachfrage für Qualitätsjournalismus lebt, lebt auch die Ethik weiter. Aber die Nachfrage nach Online-Medien steigt. Auf Blogs und Plattformen wie *iReport* von CNN kann jeder zum Berichterstatter werden. Nur ohne Redaktion. Das heißt auch ohne Kontrolle.

Die Privilegien von Journalisten verpflichten sie auch zur Einhaltung gewisser Standards. Sie sind das legitime Sprachrohr der Gesellschaft und arbeiten unter dem Schutz der Mei-

nungsfreiheit. Sie stellen die Pressefreiheit sicher, und tragen Verantwortung für sie.

»Und wie steht es mit dieser Verantwortung in den neuen Medien?«, fragt Tambini. Etablierte Journalisten würden »nein« sagen. Die Blogger selbst hingegen unterstreichen, dass sie sehr wohl zu mehr Freiheit beitragen. So würden sie wohl sagen: »Wir haben eine Watchdog-Rolle und sollten deswegen auch die Privilegien von Journalisten genießen.«

WELCHE KRITERIEN?


Aber sollte ein mit Mobiltelefon gefilmtes, ins Internet gestelltes Video denselben Kriterien unterliegen wie der Beitrag eines etablierten Videojournalisten? »Wir können hier keinen Goldstandard anwenden«, sagt Tambini. Die Welt habe sich verändert, denn neue Medien funktionieren eben anders. »Die beiden Welten müssten sich annähern. Es könnte sein, dass alte Medien nicht nur mit neuen Medien gemeinsam einen Pakt aushandeln sollten, sondern das sogar müssen.«

Die Rolle von neuen Medien für mehr Pressefreiheit ist nicht zu übersehen. Ghada Oueiss, Nachrichtensprecherin beim arabischen Sender Al-Jazeera, betont wie wichtig das Internet für den Nahen Osten sei. »Beim letzten Krieg im Gazastreifen war Al-Jazeera darauf angewiesen, Fotos aus dem Internet zu nehmen.« Ohne die Amateuraufnahmen hätte es kein Bildmaterial gegeben.

»Was können neue Medien für die Region leisten?«, fragt Oueiss und antwortet selbst: »Wir sind in allen Bereichen von Unrecht umgeben. Wir müssen es schaffen, die Menschen davon zu überzeugen, dass ihre Meinung zählt. Sie können teilnehmen, für mehr Gerechtigkeit sorgen.« Bringen neue

Medien also doch mehr Ethik in den Journalismus? Schon, nur muss es auch die nötige Ausbildung für Journalisten geben. Egal ob in neuen oder alten Medien. Und man müsse sie in ihrer Arbeit mehr schützen. Das Weltpressefreiheitinstitut IPI zählt 2010 bereits 54 ermordete Journalisten.

Ein Problem für Ethik im Journalismus sei auch schlechte Bezahlung, meint Tambini. »Nur wenn du finanziell abgesichert bist, kannst du beginnen über Ethik nachzudenken.«

Glaubt man dem ehemaligen Direktor der Britischen Presse-Beschwerdekommision Guy Black, so »dreht sich der Kern des Internets um Freiheit. Es ist zu spät es mit Barrieren zu begrenzen. Wir vergessen, wie schnell unsere Welt sich bewegt.« 

ANDREAS HACKL

hat in Wien Kultur- und Sozialanthropologie und Politikwissenschaft studiert. Er schreibt für die Zeitschrift Liga und ist als freier Journalist in Wien und Jerusalem tätig.

NICOLE FRIESENBIHLER

studiert berufsbegleitend Journalismus an der FH Wien.

Idee, Italien & Seitenweise



Amartya Sen DIE IDEE DER GERECHTIGKEIT

Wer eine weitere abstrakte Diskussion der institutionellen Grundlagen einer gerechten Gesellschaft erwartet, der wird enttäuscht sein. Wer sich hingegen darüber wundert, was diese Theorien eigentlich zur Bekämpfung real existierender Ungerechtigkeiten beitragen, der wird großen Gewinn daraus ziehen. Sen nämlich stellt die Plausibilität solcher Anstrengungen der reinen Vernunft in Frage.

C. H. BECK, 493 Seiten, 30,80 Euro



Peer Steinbrück UNTERM STRICH

Peer Steinbrück zeigt Wege aus der Krise. Seine Botschaft ist eindeutig. Egal ob es um die Stärkung der Wirtschaft, die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme oder die Lage der Parteien geht: Eine gute Zukunft hängt davon ab, dass Politik und Bürger sich offen eingestehen, welche Schnitte nötig sind, statt mit unhaltbaren Versprechungen von den Problemen abzulenken.

HOFFMANN & CAMPE, 320 Seiten, 23,70 Euro



Strauß/Ströhle (Hrsg.) SANKTIONEN

Thema des Buches sind die sogenannten EU-Sanktionen gegen die österreichische Bundesregierung im Jahr 2000, der damalige Versuch der europäischen Partnerstaaten, den Eintritt einer von ihnen als rechtsextrem eingestuften Partei in die Regierung eines Mitgliedslandes zu verhindern – und die darauf folgende mehrmonatige diplomatische Quarantäne, nachdem dieser Versuch misslang.

STUDIENVERLAG, 168 Seiten, 24,90 Euro



Hans Woller GESCHICHTE ITALIENS IM 20. JAHRHUNDERT

Italien war um 1900 ein bitter armer Agrarstaat, den die Industrialisierung noch kaum berührt hatte. 100 Jahre später zählt das Land zu den führenden Industriestaaten. Der Weg in die Industriemoderne war steinig: Er führte über eine totalitäre Diktatur, die das Land an der Seite Hitlers in den Zweiten Weltkrieg verwickelte, über einen blutigen Bürger- und Klassenkrieg schließlich in eine stets prekäre Demokratie.

C. H. BECK, 480 Seiten, 27,80 Euro



Thilo Bode DIE ESSENSFÄLSCHER

Noch nie waren Lebensmittel so gut wie heute? Von wegen! Thilo Bode, Gründer der Verbraucherorganisation *foodwatch*, sezziert die ausgebufften Strategien der Lebensmittelkonzerne. Diese haarsträubenden Täuschungsmanöver haben System. Die Nahrungsmittelkonzerne drehen uns mit milliardenschweren Werbe-Etats nur vermeintlich neue und bessere Produkte an.

FISCHER, 222 Seiten, 15,40 Euro



Eder, Kobenter und Plener (Hg.) SEITENWEISE

»Was ist das Buch?« – 33 Antworten auf diese Frage sind hier versammelt. Dabei geht es weniger um die historische Entwicklung des Mediums als um Buchkünste und -wissenschaften, aber auch um Bildung, Kunst, Wissenschaft, Politik und Religion. AutorInnen, JournalistInnen, WissenschaftlerInnen, VerlegerInnen und BuchhändlerInnen haben sehr persönliche Texte zu grenzenlosen Thema Buch beige-steuert.

EDITION ATELIER, 478 Seiten, 29,90 Euro

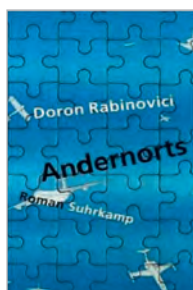
Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße** (1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

Heimat, Luft & Freiheit



Melinda Nadj Abonji
TAUBEN FLIEGEN AUF

Eine ungarische Familie aus Serbien fand ihr Zuhause in der Schweiz, aber es ist ein schwieriges Zuhause, von Heimat gar nicht zu reden. Es genügt schon, den Streitigkeiten ihrer Angestellten aus den verschiedenen ehemals jugoslawischen Republiken zuzuhören, um sich nicht mehr zu wundern über ein seltsames Europa, das einander nicht wahrnehmen will. Der Roman erhielt den Deutschen Buchpreis 2010.
JUNG UND JUNG VERLAG, 320 Seiten, 22 Euro



Doron Rabinovici
ANDERNORTS

Herkunft, Identität, Zugehörigkeit um und um wirbelt Doron Rabinovici in seinem neuen Roman die Verhältnisse in einer jüdischen Familie, deckt ihre alten Geheimnisse auf und beobachtet sie bei neuen Heimlichkeiten. Am Ende dieser packend erzählten Geschichte sind alle Gewißheiten beseitigt. Nur eines scheint sicher: Heimat ist jener Ort, wo einem am fremdesten zumute ist.
SUHRKAMP VERLAG, 285 Seiten, 20,50 Euro



Dinaw Mengestu
DIE MELODIE DER LUFT

Um seine Ehe zu retten und endlich sich selbst zu verstehen, fährt Jonas von Illinois nach Nashville, Tennessee. Dreißig Jahre zuvor machten sich seine Eltern, Einwanderer aus Äthiopien, in dieselbe Richtung auf – eine verspätete Hochzeitsreise, nach vielen Jahren der Trennung. In dichten Bildern erzählt der Autor von der Sehnsucht nach Heimat und danach, nicht verloren zu gehen.
ULLSTEIN VERLAG, 320 Seiten, 20,60 Euro



SEPTEMBER. FATA MORGANA

Zwei Väter und zwei Töchter, zwei parallele Lebensgeschichten in den USA und im Irak. Ihre Schauplätze sind weit entfernt, und doch verbinden sie zwei politische Ereignisse. Thomas Lehr begibt sich in seinem auf eine literarische Grenzwanderung zwischen zwei Kulturen. »September« erzählt vom Islam, Terror und Krieg und von zwei Frauen, die stellvertretend für die Opfer dieses Konflikts stehen.
CARL HANSER VERLAG, 480 Seiten, 25,60 Euro



Jonathan Franzen
FREIHEIT

In diesem Roman einer Familie, der zugleich ein Epos der letzten dreißig Jahre amerikanischer Geschichte ist, erzählt Jonathan Franzen von Freiheit – und auch dem völligen Gegenteil, zeigt die tragikomischen Verwerfungen zeitgenössischer Liebe und Ehe, Freundschaft und Sexualität. »Freiheit« handelt von unserem Leben in einer immer unübersichtlicher und fragiler werdenden Welt.
ROWOHLT, 730 Seiten, 25,70 Euro



Tommy Jaud
HUMMELDUMM

Wer an allem schuld ist, ist für Matze sowieso klar: seine Freundin Sina. Sie sollte einfach nur »irgendwas« buchen. Hat sie auch. Doch musste dieses »irgendwas« ausgerechnet eine zweiwöchige Gruppenreise durch Namibia sein? Was hat er denn verbrochen, dass man ihn nun täglich in einen Kleinbus voller Verrückter sperrt, um ihn zu österreichischen Schlägern über afrikanische Schotterpisten zu rütteln?
SCHERZ VERLAG, 320 Seiten, 14,40 Euro


Gehen wir die Pensionsreform an

79 Prozent der Befragten, so meldet die Raiffeisen Versicherung stolz, sehen das derzeitige Pensionssystem mittelfristig als nicht finanzierbar. Allerdings würden sie weiterhin zu wenig privat vorsorgen, weshalb ein weiterer Ausbau der staatlichen Förderung der Privatpension notwendig sei (*Der Standard*, 23.9.2010, S. 20).

Die rastlosen Bemühungen von Banken und Versicherungen, die Menschen ernsthaft zu verunsichern und das öffentliche Pensionssystem sturmreif zu schießen, scheinen zunehmend Erfolg zu haben. Weniger Erfolg haben die Finanzinstitutionen hingegen im Aufbau einer leistungsfähigen privaten Pensionsvorsorge: Betriebliche Zusatzpensionen wurden drastisch gekürzt; das erzielte Veranlagungsergebnis der Pensionskassen lag in den letzten fünf Jahren nicht nur meilenweit unter den Versprechungen, sondern auch unter den Erträgen eines simplen Sparbuchs und sogar unter dem Anstieg der Verbraucherpreise.

Die Finanzkrise hat einmal mehr gezeigt, dass Finanzmärkte zur sozialen Absicherung im Alter wenig taugen. Sie können eine (risikoreiche) Zusatzversorgung für Besserverdiener bieten, aber nicht mehr. Wie sieht es mit den Perspektiven des sozialen Pensionssystems aus? Auch hier hat die Finanzkrise erheblichen Schaden angerichtet: Die Einnahmen der Pensionsversicherung werden wegen des Einbruchs der Beschäftigung im Jahr 2011 um etwa 2 Mrd. Euro niedriger liegen (Kosten in nahezu gleichem Ausmaß entstehen auch in Arbeitslosen- und Krankenversicherung), dazu kommen Zusatzausgaben aufgrund des Anstiegs der Frühpensionen. Diese finanziellen Folgen dürften sich als dauerhaft herausstellen. Mit knapp ein Prozent des BIP erreichen die Krisenkosten etwa zwei Drittel der zusätzlichen Kosten, die das Sozialministerium für das Jahr 2045 für das Pensionssystem aus der Alterung der Bevölkerung erwartet.

Die entscheidenden Weichenstellungen für die Finanzierbarkeit liegen also außerhalb des Pensionssystems. Eine internationale Wirtschaftspolitik, die durch gerechtere Verteilung der Vermögen sowie eine strengere Regulierung von Banken und Finanzmärkten eine nächste Finanzkrise verhindert, wäre wesentlich für die Sicherung der Pensionen. Darauf hat Österreich allerdings wenig Einfluss. Mehr nationalstaatlicher Spielraum besteht bei Maßnahmen zur Erhöhung der Einkommen, etwa durch Investitionen ins Bildungssystem und zwar schwerpunktmäßig im Bereich mit den höchsten volkswirtschaftlichen Erträgen, nämlich in den Kindergärten. Die finanziellen Folgen für das Pensionssystem wären sowohl kurzfristig positiv, weil Beschäftigung geschaffen wird, als auch langfristig, weil die künftigen Einkommen der Kinder steigen. »Retirement reform must begin with babies« bringt das der dänische Soziologe Gosta Esping-Andersen in seinem neuen Buch »The Incomplete Revolution« auf den Punkt.

Ein konkreter Vorschlag zur Pensionsreform nach der Krise: Abschaffung der staatlichen Förderung privater Pensionsvorsorge und Investition der gesparten Mittel in den Ausbau von Kindergärten und Krippen. Allein mit den Einsparungen bei der prämiengeförderten Zukunftsvorsorge von 80 Millionen Euro könnten 13.000 zusätzliche Betreuungsplätze und 3.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Ein kleiner, aber feiner Beitrag zur Milderung der Folgen der Finanzkrise auf das Pensionssystem. 

MARKUS MARTERBAUER

arbeitet als Wirtschaftsforscher in Wien.

